



43. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Gremium: Ausschuss für Gesundheit und Soziales
Sitzungstermin: Dienstag, 19.03.2013, 18:00 Uhr
Ort, Raum: Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.02.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Berichte aus den Beiräten
- 4 Bericht über die Arbeit des Jobcenters der Landeshauptstadt Potsdam - Rückblick 2012 und Ausblick 2013
- 5 Bericht über die Arbeit der Fachstelle Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung
- 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 6.1 Verwendung nicht verbrauchter Haushaltsmittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes
12/SVV/0686 Fraktion DIE LINKE
- Wiedervorlage -
 - 6.2 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2013/2014
13/SVV/0043 Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
- 2. Lesung -
 - 6.3 Externe Untersuchung zur Vergabe von Eingliederungshilfen
13/SVV/0098 Fraktion Die Andere



Niederschrift

42. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin:	Dienstag, 19.02.2013
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:00 Uhr
Ort, Raum:	BBAG e.V., Schulstraße 8, 14482 Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Dr. Gabriele Herzel	DIE LINKE	
Frau Klara Geywitz	SPD	ab 18:05 Uhr
Frau Heike Judacz	SPD	
Frau Maike Dencker	CDU/ANW	Sitzungsleitung
Frau Hala Kindelberger	Bündnis 90/Die Grünen	

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Birgit Müller	DIE LINKE
Herr Dr. Ralf Otto	SPD

sachkundige Einwohner

Frau Angela Basekow	SPD
Herr Ronny Besancon	DIE LINKE
Herr Wolfgang Günther	SPD
Herr Björn Karl	FDP
Herr Steffen Koczott	SPD
Herr Wolfgang Puschmann	Seniorenbeirat
Herr Jan-Peter Schmarje	Behindertenbeirat

Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger	Beigeordnete Soziales, Jugend, Gesundheit
---------------------------------	--

Nicht anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Jana Schulze	DIE LINKE	entschuldigt
-------------------	-----------	--------------

Ausschussmitglieder

Frau Solveig Sudhoff	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Christina Wolf	SPD	entschuldigt
Frau Jutta Busch	BürgerBündnis	entschuldigt
Herr Peter Schultheiß	CD/ANWU	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Frau Christine Anlauff	Die Andere	entschuldigt
Herr Jörg Jutzi	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Matthias Lack	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Barbara Müller	BürgerBündnis	entschuldigt
Frau Thi Minh Lien Ngo	Migrantenbeirat	entschuldigt

Frau Maria von Pawelsz-Wolf

CDU/ANW

entschuldigt

Gäste:

Herr Kilian Kindelberger
Frau Magdolna Grasnack
Herr Jirka Witschak
Frau Angelika Ehebrecht
Frau Martina Spyra

BBAG
Beauftragte für Migration und Integration
Katte e.V.
FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.12.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Vorstellung der Arbeit der Berlin-Brandenburgischen Auslandsgesellschaft
- 3 Informationen der Verwaltung
- 4 Berichte aus den Beiräten
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 5.1 Verwendung nicht verbrauchter Haushaltsmittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes
Vorlage: 12/SVV/0686
Fraktion DIE LINKE
- Wiedervorlage -
- 5.2 Potsdamer Haltestellen als Nichtraucherzonen ausweisen
Vorlage: 12/SVV/0787
Fraktionen FDP, SPD
- Wiedervorlage -
- 5.3 Finanzielle Unterstützung Bündnis Faires Brandenburg e.V. / Katte e.V.
Vorlage: 13/SVV/0060
Fraktion DIE LINKE
- 5.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 1: Kein städtisches Geld für Errichtung und Unterhalt der Garnisonkirche
Vorlage: 12/SVV/0759
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 5.5 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 2: Schwimmbad-Neubau: Kostengrenze 23 Mio. Euro einhalten
Vorlage: 12/SVV/0760
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 5.6 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 3: Reduzierung der Fraktionsfinanzierung
Vorlage: 12/SVV/0761
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 5.7 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 4: Stromsparen durch Umrüsten auf LED
Vorlage: 12/SVV/0762
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

- 5.8 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 5: Erhöhung der Hundesteuer
Vorlage: 12/SVV/0763
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 5.9 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 6: Schulsozialarbeiterinnen an allen Potsdamer Schulen
Vorlage: 12/SVV/0764
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 5.10 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 7: Radverkehrskonzept: Fortschreibung und Erweiterung
Vorlage: 12/SVV/0765
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 5.11 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 8: Krippen- und Kita-Gebühren senken
Vorlage: 12/SVV/0766
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 5.12 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 9: Lehrer-Vertretungsfonds weiter finanzieren
Vorlage: 12/SVV/0767
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 5.13 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 10: Hundekot: Beseitigung stärker einfordern, Unterlassung sanktionieren
Vorlage: 12/SVV/0768
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 5.14 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 11: Neugestaltung des Öffentlichen Nahverkehrs (unentgeltlich, ticketfrei)
Vorlage: 12/SVV/0769
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 5.15 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 12: Schulweg-Verkehrssicherheit durch unterstützende Maßnahmen fördern
Vorlage: 12/SVV/0770
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 5.16 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 13: Herstellung der barrierefreien Innenstadt
Vorlage: 12/SVV/0771
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 5.17 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 14: Städtische Sachkostenzuschüsse für Schulen in freier Trägerschaft
Vorlage: 12/SVV/0772
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 5.18 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 15: Autofreier Sonntag (nach Vorbild Hannovers)
Vorlage: 12/SVV/0773
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 5.19 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 16: Babelsberg und im Potsdamer Norden: Fußballplätze einrichten
Vorlage: 12/SVV/0774
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 5.20 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 17: Freibad für Potsdams Norden
Vorlage: 12/SVV/0775
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

- 5.21 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 18: Archiv endlich dauerhaft sichern
Vorlage: 12/SVV/0776
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 5.22 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 19: Breite Straße: Umbau verschieben (erst nach stehender Finanzierung Garnisonkirche)
Vorlage: 12/SVV/0777
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 5.23 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 20: Sportforum Waldstadt: Umwandlung des Schotterplatzes in Kunstrasen
Vorlage: 12/SVV/0778
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 5.24 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2013
Vorlage: 13/SVV/0030
Oberbürgermeister, Kommunalen Immobilienservice
- 5.25 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2013/2014
Vorlage: 13/SVV/0043
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1 Lokaler Teilhabeplan der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 12/SVV/0903
Oberbürgermeister, Gleichstellungsbeauftragte
- 6.2 Zukunftsprogramm 2017 (ehemals Haushaltssicherungskonzept)
Vorlage: 13/SVV/0045
Oberbürgermeister, Steuerungsunterstützung
- 7 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die stellv. Ausschussvorsitzende, Frau Maike Dencker.

zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.12.2012 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Die stellv. Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 6 von 11 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

Bestätigung der Niederschrift vom 18.12.2012

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

Bestätigung der Tagesordnung:

Frau Dencker schlägt vor, die Anträge zum Bürgerhaushalt 2013/2014 DS 12/SVV/00759 (TOP 5.4) bis 12/SVV/0770 (TOP 5.15) und 12/SVV/0772 (TOP 5.17) bis 12/SVV/0778 (TOP 5.23) ohne Diskussion zur Kenntnis zu nehmen, da der Ausschuss fachlich nicht zuständig ist.

Somit erfolgt nur eine Befassung mit dem Antrag 12/SVV/0771 (TOP 5.16). Dies wurde den Ausschussmitgliedern auch so in dem mit den Sitzungsunterlagen ausgereichten Anschreiben vorgeschlagen.

Frau Dencker teilt mit, dass Frau Trauth-Koschnick darum gebeten hat, die Drucksache 12/SVV/0903 „Lokaler Teilhabeplan der Landeshauptstadt Potsdam (TOP 6.1) bis zur April-Sitzung zurückzustellen, da sie den Teilhabeplan heute zeitgleich im Ausschuss für Bildung und Sport vorstellt. In der April-Sitzung sollte der Teilhabeplan dann als Schwerpunktthema behandelt werden.

Abschließend informiert Frau Dencker, dass ihr zur Drucksache 13/SVV/0060 „Finanzielle Unterstützung Bündnis Faires Brandenburg e.V. / Katte e.V.“ (TOP 5.3) ein Antrag auf Rederecht von Herrn Jirka Witschak vorliegt.

Sie bittet um Abstimmung über die Erteilung des Rederechts.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Da es keine weiteren Änderungs- oder Ergänzungsvorschläge gibt, bittet Frau Dencker um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 2 Vorstellung der Arbeit der Berlin-Brandenburgischen Auslandsgesellschaft

Herr Kindelberger (BBAG) informiert, dass die Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft 1991 als gemeinnützige Bildungseinrichtung in Form des eingetragenen Vereins gegründet wurde. Er stellt die Projekte der BBAG vor und gibt einen Überblick über Kurse und Veranstaltungen.

Dabei betont Herr Kindelberger, dass ein wichtiger Punkt der Arbeit die Pflege der Städtepartnerschaften ist. Insbesondere verweist er hier auf die Städtepartnerschaftsinitiative Sansibar-Potsdam sowie die Städtepartnerschaft mit Opole. In Zusammenarbeit mit der LHP werden z.B. Städtepartnerschaftstreffen organisiert.

Ein sehr wichtiger Schwerpunkt der Arbeit ist von Beginn an die Arbeit mit Migranten. Die BBAG ist einer von zwei aktiven Integrationskurs-Trägern. Es werden u.a. Projekte zur Arbeitsmarktintegration für Migranten durchgeführt.

Anschließend weist Herr Kindelberger darauf hin, dass die Öffnung von

Sprachkursen auch für Flüchtlinge erfolgen sollte. Ein weiteres Problem ist die Anerkennung von Schulabschlüssen und Ausbildungen. Offen ist auch nach wie vor, wer die Fahrkosten zum Unterricht erstattet.

Des Weiteren macht er deutlich, dass es sehr wichtig wäre, dass sich bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern die Bedingungen für die Migranten dahingehend verbessern, dass konkrete Ansprechpartner mit entsprechenden Fachkenntnissen zur Verfügung stehen.

Abschließend weist Herr Kindelberger darauf hin, dass jährlich weniger Fördermittel zur Verfügung stehen.

Nach einer kurzen Diskussion wird deutlich, dass sich die AG Bildung und Beruf der Integrationskonferenz mit dem Problem der Anerkennung von Abschlüssen sowie dem Mindestlohngebot befassen sollte.

zu 3 Informationen der Verwaltung

Servicestelle für Soziale Fragen

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass die Einrichtung einer Servicestelle für Soziale Fragen aufgrund der nicht besetzten Stelle der Leitung des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie sowie der seitens des Bundes bevorstehenden „großen Lösung“ bezüglich der Anbindung im SGB VIII oder XII derzeit etwas verlangsamt vorangeht. Sie macht dabei deutlich, dass die Beratung von Menschen mit Behinderung nach wie vor großes Augenmerk bekommt.

Neustart PSAG

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass am 15.02.2013 eine Veranstaltung zum Neustart der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG) stattgefunden hat. Zum Sprecher wurde Herr Dr. Klinitz (Ernst von Bergmann Klinikum) gewählt.

Die nächste PSAG-Versammlung ist für den 25.04.2013 geplant.

Informationssprechstunde zu § 35a SGB VIII

Frau Müller-Preinesberger teilt mit, dass die Landeshauptstadt Potsdam ab dem 05. März 2013 jeweils am ersten Dienstag im Monat in der Zeit von 16:30 Uhr bis 18:00 Uhr im Haus 2, Zimmer 434 eine Beratung für Eltern und ihre Kinder zu lerntherapeutischen Leistungen (Dyskalkulie und Legasthenie) nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) anbietet. Damit soll das Dienstleistungsangebot für die Eltern und deren Kinder weiter verbessert werden. Ziel der Eingliederungshilfe im Sinne des § 35 a SGB VIII ist es, den Betroffenen bei der seelischen Behinderung nach Möglichkeit wieder in die Gesellschaft einzugliedern bzw. bei einer drohenden seelischen Behinderung dessen Ausgliederung zu vermeiden.

Die Lese- und Rechtschreibstörung und Rechenstörung sind Teilleistungsstörungen, für deren Kompensation und eine entsprechende Förderung vorrangig die Schule verantwortlich ist. Wenn Lese-, Rechtschreib- und/ oder Rechenschwierigkeiten auftreten, hat die Schule auf Grund ihres vorrangigen Bildungsauftrages zu gewährleisten, dass Kinder vom Beginn ihrer Schullaufbahn rechtzeitig und professionell gefördert werden, so dass einer Störung der kindlichen Psyche präventiv begegnet und eine Verfestigung im Sinne einer (drohenden) seelischen Behinderung vermieden wird. Um auch hier einen optimalen Verfahrensweg für Eltern und Kinder zu gewährleisten, hat bereits die Kontaktaufnahme und Ab-

stimmung mit dem zuständigen Schulamt stattgefunden.

Potsdamer Tafel

Frau Ehebrecht teilt mit, dass sich die Einrichtung der Ausgabestelle der Potsdamer Tafel in der Drewitzer Straße im Zeitplan befindet. Somit könnte die Ausgabestelle voraussichtlich am 01. April 2013 eröffnet werden.

Bezug nehmend auf die Bitte, die Öffnungszeiten der Ausgabestelle auf die Nachmittagsstunden auszuweiten, erklärt Frau Ehebrecht, dass dies bereits mit der Potsdamer Tafel bereits besprochen wurde und auch so umgesetzt werden soll.

Durch die dann bestehenden Kühlmöglichkeiten ist auch eine bessere Steuerung der Verteilung von Lebensmitteln möglich.

Nachfragen von Herrn Lack in der Dezembersitzung 2012

Frau Müller-Preinesberger teilt mit, dass es bezüglich der von Frau Sudhoff in der Dezembersitzung vorgetragenen Fragen von Herr Lack zum Wegfall des Kriteriums „Gemeinnützigkeit“ bei der Auswahl freier Träger – im Bereich Flexible Hilfen § 27(2) SGB VIII im Jugendhilfeausschuss am 17.01.2013 eine Information der Verwaltung gab. Diese Information wurde Herrn Lack durch Frau Spyra per E-Mail zugesandt.

zu 4 Berichte aus den Beiräten

Seniorenbeirat

Der Bericht des Seniorenbeirates wurde allen Ausschussmitgliedern vorab per E-Mail zugesandt und wird als Anlage zum Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Behindertenbeirat

Der Bericht des Behindertenbeirates wurde allen Ausschussmitgliedern als Tischvorlage zur Verfügung gestellt und wird als Anlage zum Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Migrantenbeirat

Frau Kindelberger informiert, dass es eine Verständigung mit dem Staatlichen Schulamt zur Erlangung von Deutschkenntnissen für junge Migranten geben wird.

zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 5.1 Verwendung nicht verbrauchter Haushaltsmittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes

Vorlage: 12/SVV/0686

Fraktion DIE LINKE

- Wiedervorlage -

Frau Ehebrecht macht deutlich, dass die Landeshauptstadt Potsdam hier keinen Einfluss hat, da es sich um Bundesmittel handelt.

Frau Müller-Preinesberger ergänzt, dass der Bund beabsichtigt, die Mittel von den Kommunen zurückzufordern. Sie weist auch darauf hin, dass in Potsdam große Anstrengungen unternommen wurden, möglichst viele Kinder zu erreichen. Die Mittel sind zweckgebunden und können nicht für andere Maßnahmen verwendet werden.

Frau Dr. Herzel stellt folgenden Antrag zur Geschäftsordnung:
Zurückstellung der Drucksache.

Frau Dencker bittet um Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 5.2 Potsdamer Haltestellen als Nichtraucherzonen ausweisen

Vorlage: 12/SVV/0787

Fraktionen FDP, SPD
- Wiedervorlage -

Frau Judacz teilt mit, dass von Seiten der SPD-Fraktion die geänderte Fassung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung übernommen wird.

Somit sollte im ersten Satz „ausgewiesen“ durch „gekennzeichnet“ ersetzt werden. Der zweite Satz soll gestrichen werden.

Frau Dencker bittet um Abstimmung über die so geänderte Drucksache.

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in seiner Funktion als Gesellschaftervertreter der Verkehrsbetriebe in Potsdam GmbH dafür Sorge zu tragen, dass die überdachten Wartebereiche der Haltestellen des ÖPNV im Potsdamer Stadtgebiet als Nichtraucherzonen ~~ausgewiesen~~ **gekennzeichnet** werden.

~~Des Weiteren soll geprüft werden wie in den Haltestellenbereichen, vergleichbar zur Deutschen Bahn, gekennzeichnete Raucherbereiche ausgewiesen werden können.~~

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

zu 5.3 Finanzielle Unterstützung Bündnis Faires Brandenburg e.V. / Katte e.V.

Vorlage: 13/SVV/0060

Fraktion DIE LINKE

Frau Dr. Herzel bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Witschak stellt kurz die Arbeitsschwerpunkte vor und informiert über die Projekte, die der Verein durchführt. Dabei macht er deutlich, dass die Büroinfrastruktur sowie die landesweite Wirkung erhalten werden muss.

Er weist darauf hin, dass bereits Anträge auf Projektförderung sowie die Finanzierung für Büroräume gestellt, aber bisher nicht beschieden sind. Die Förderung durch die LHP soll nur übergangsweise erfolgen, bis ca. im April 2013 Lottomittel zur Verfügung stehen. Seit Januar 2013 stehen keine Mittel mehr für die Miete der Büroräume zur Verfügung, so dass nun Spendenmittel dafür eingesetzt werden.

Frau Müller-Preinesberger macht darauf aufmerksam, dass hier die Landeshauptstadt Potsdam den Ausfall der Landesförderung kompensieren soll. In diesem Zusammenhang weist sie darauf hin, dass durch die LHP bereits die AIDS-Hilfe Potsdam im Jahr 2013 mit 27.000 Euro gefördert werden soll. Die Projektförderung für 2013 wurde gemeinsam mit dem Ausschuss beraten. Wenn weitere Förderungen erfolgen sollen, müssen diese Mittel bei anderen Projekten gekürzt werden.

Nach einer kurzen Verständigung einigen sich die Ausschussmitglieder, über den vorliegenden Prüfauftrag mit folgender Änderung abzustimmen: „Über das Ergebnis der Prüfung ist der Hauptausschuss in seiner Sitzung am **27. März 2013** zu unterrichten.“

Frau Dencker bittet um Abstimmung über den so geänderten Antrag.

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, inwieweit die Stadt das Bündnis Faires Brandenburg e.V. / Katte e.V. bei der Finanzierung der Büroinfrastruktur unterstützen kann.

Durch Ablehnung des Antrages auf Spitzenverbandsförderung für den Landesverband Bündnis Faires Brandenburg e.V. durch das MASF ist eine Finanzierungslücke für die Aufrechterhaltung der Büroinfrastruktur des Vereins (Miete, Strom, Internet- und Bürokosten) i. H. v. 610,- EURO monatlich entstanden, so dass die Weiterführung vieler bisher erfolgreicher Projekte vor dem Aus steht.

Über das Ergebnis der Prüfung ist der Hauptausschuss in seiner Sitzung am **27. März 2013** zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 5.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 1: Kein städtisches Geld für Errichtung und Unterhalt der Garnisonkirche

Vorlage: 12/SVV/0759

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.5 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 2: Schwimmbad-Neubau: Kostengrenze 23 Mio. Euro einhalten

Vorlage: 12/SVV/0760

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.6 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 3: Reduzierung der Fraktionsfinanzierung
Vorlage: 12/SVV/0761

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.7 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 4: Stromsparen durch Umrüsten auf LED
Vorlage: 12/SVV/0762

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.8 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 5: Erhöhung der Hundesteuer
Vorlage: 12/SVV/0763

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.9 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 6: Schulsozialarbeiterinnen an allen Potsdamer Schulen
Vorlage: 12/SVV/0764

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.10 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 7: Radverkehrskonzept: Fortschreibung und Erweiterung
Vorlage: 12/SVV/0765

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.11 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 8: Krippen- und Kita-Gebühren senken
Vorlage: 12/SVV/0766

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.12 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 9: Lehrer-Vertretungsfonds weiter finanzieren
Vorlage: 12/SVV/0767

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.13 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 10: Hundekot: Beseitigung stärker einfordern, Unterlassung sanktionieren

Vorlage: 12/SVV/0768

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.14 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 11: Neugestaltung des Öffentlichen Nahverkehrs (unentgeltlich, ticketfrei)

Vorlage: 12/SVV/0769

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.15 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 12: Schulweg-Verkehrssicherheit durch unterstützende Maßnahmen fördern

Vorlage: 12/SVV/0770

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.16 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 13: Herstellung der barrierefreien Innenstadt

Vorlage: 12/SVV/0771

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Da es keine Wortmeldungen gibt, bittet Frau Dencker um Abstimmung über die vorliegende Drucksache.

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Herstellung von barrierefreien Überwegen und Parkplätzen in der Potsdamer Innenstadt und im Holländischen Viertel.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

zu 5.17 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 14: Städtische Sachkostenzuschüsse für Schulen in freier Trägerschaft

Vorlage: 12/SVV/0772

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

- zu 5.18** **Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 15: Autofreier Sonntag (nach Vorbild Hannovers)**
Vorlage: 12/SVV/0773
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.*
- zu 5.19** **Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 16: Babelsberg und im Potsdamer Norden: Fußballplätze einrichten**
Vorlage: 12/SVV/0774
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.*
- zu 5.20** **Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 17: Freibad für Potsdams Norden**
Vorlage: 12/SVV/0775
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.*
- zu 5.21** **Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 18: Archiv endlich dauerhaft sichern**
Vorlage: 12/SVV/0776
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.*
- zu 5.22** **Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 19: Breite Straße: Umbau verschieben (erst nach stehender Finanzierung Garnisonkirche)**
Vorlage: 12/SVV/0777
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.*
- zu 5.23** **Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 20: Sportforum Waldstadt: Umwandlung des Schotterplatzes in Kunstrasen**
Vorlage: 12/SVV/0778
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.*
- zu 5.24** **Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2013**
Vorlage: 13/SVV/0030
Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilienservice

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.25 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2013/2014

Vorlage: 13/SVV/0043

Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen

Frau Ehebrecht gibt Erläuterungen zur Haushaltsplanung 2013/2014 für den Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt, der sich wie nachfolgend darstellt.

	V-Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Erträge	69.923.330	68.044.800	74.002.900	77.532.500
Aufwendungen	110.888.178	119.323.300	123.232.200	128.042.700
Differenz / Zuschuss	-40.964.848	-51.278.500	-49.229.300	- 50.510.200

Mittelfristige Finanzplanung:

	2015	2016	2017
Erträge	78.847.200	79.285.400	79.607.700
Aufwendungen	131.277.100	133.249.400	135.402.200
Differenz / Zuschuss	-52.429.900	-53.964.000	-55.794.500

Noch nicht enthaltende Anpassungen (über Änderungsliste der Verwaltung):

Über die Änderungsliste der Verwaltung sind zusätzliche Zuschussverbesserungen von 548.000 Euro (2013), 565.000 Euro (2014) und 745.000 Euro (2015-2017) eingereicht worden, da sich die Zuweisung des Landes aus Wohngeldeinsparungen erhöhen wird.

Wesentliche Hinweise/Veränderungen:

1. Erträge

Insgesamt erhöhen sich die Erträge in 2013 gegenüber Plan 2012 um rd. 5,96 Mio. Euro und in 2014 nochmals um weitere 3,53 Mio. Euro.

Allgemeine Zuweisungen (Produkt 61101)

- Mindererträge von 330.000 Euro (2013) bzw. 1,2 Mio. Euro (2014) aufgrund der weiter absinkenden Sonderbedarfsbundesergänzungszuweisungen (Sobez-Hartz IV – zum Ausgleich von Sonderlasten ostdeutscher Kommunen aufgrund der überdurchschnittlich hohen Belastung durch die strukturelle Arbeitslosigkeit).
- Es wird davon ausgegangen, dass diese Zuweisung bis 2019 auf 0 absinkt
- Teilweise erfolgt eine Kompensation durch steigende Zuweisungen durch Wohngeldeinsparungen des Landes

Grundsicherung im Alter u. bei Erwerbsminderung (Produkt 31160)

- Mehrerträge von 3,75 Mio. Euro (2013) und nochmals 3,1 Mio. Euro (2014) aufgrund der schrittweisen Anhebung der Bundesbeteiligung auf 75% (2013) und 100% ab 2014

Kostenerstattung nach AG-SGB XII für Aufgabenwahrnehmung nach § 97 III SGB XII (verschiedene Produkte)

- Mehrerträge von 1,15 Mio. Euro (2013) und nochmals 310 TEUR (2014) aufgrund Fallzahl- und Kostensatzsteigerungen

Erstattungen des Landes f. d. Aufnahme v. Aussiedlern und Ausländern (Produkt 31550)

- Mehrerträge 670.000 Euro (2013) bzw. 1,1 Mio. Euro (2014) aufgrund steigender Zuweisungszahlen, Anhebung der Pauschalen wg. BVerfG-Urteil zur Anhebung d. Regelbedarfe, zusätzlicher GU u. damit verbundene Erstattungen für Personal, Investkosten, Bewachung

2. Aufwendungen

Insgesamt erhöhen sich die Aufwendungen in 2013 gegenüber Plan 2012 um rd. 3,9 Mio. Euro und in 2014 nochmals um weitere 4,8 Mio. Euro.

Personalaufwendungen

- Mehraufwendungen von 1,67 Mio. Euro (2013) bzw. nochmals 0,5 Mio. Euro (2014)

Hilfe zur Pflege (Produkte 31121 – 31127)

- Leicht sinkende Aufwendungen für 2013 geplant (-100 TEUR), da höhere Kassenleistungen aufgrund Pflegeneuausrichtungsgesetz, außerdem war Planung 2012 erhöht wegen Arbeitgebermodell / Budget, hat sich nicht bestätigt
- Ab 2014 wieder steigende Aufwendungen (+170 TEUR) aufgrund Fallzahl- und Kostensatzsteigerungen

Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (Produkte 31131 – 31137)

- Mehraufwendungen von 1,1 Mio. Euro (2013) bzw. nochmals +620 TEUR (2014)
- Mehrbedarfe wegen Inklusion im Schulbereich (+100 TEUR),
- Hochschulhilfe (+ 80 TEUR => Zwillinge),
- Werkstätten u. Hilfen zum Erwerb praktischer Kenntnisse (+300 TEUR) wg. hoher Fallzahlsteigerung,
- Hilfen zum selbstbestimmten Leben in betreuten Wohnmöglichkeiten (+610 TEUR), FZ-Steigerung, neue Einrichtung Nuthedamm

Eingliederungshilfe f. seelisch beh. Kinder u. Jugendliche (§35a SGB VIII–Produkt 36343)

- Ambulant: zwar geringe Minderaufwendungen gegenüber dem Planwert

2012, aber rd. 100 TEUR Mehraufwendungen gegenüber dem voraussichtlichen Ergebnis 2012

Plan 2012 = 820.000 Euro

V-Ist 2012 = 700.000 Euro (Ist 2011 = 723.000 Euro)

Plan 2013 = 805.000 Euro / 2014 = 865.000 Euro (wg. Fallzahlenanstieg)

- Stationär: Mehraufwendungen von 200 TEUR (2013) bzw. 350 TEUR (2014)

Hilfe bei Krankheit (Produkt 31140)

- Mehraufwendungen +315 TEUR, da Planwert 2012 zu niedrig angesetzt war
- Im Vergleich zum V-Ist 2012 konstant bleibende Aufwendungen geplant

Grundsicherung im Alter u. bei Erwerbsminderung (Produkt 31160)

- Mehraufwendungen bei Regelbedarfen und KdU von jeweils rd. 500 TEUR (2013), auch 2014 rd. 1 Mio. Euro wiederum zusätzlicher Bedarf
- Grund: Fallzahlsteigerungen, Regelbedarfssteigerungen, Miet- und BK-Steigerungen
- Ab 2014 sind die Nettoaufwendungen zu 100% als Erstattung des Bundes geplant (2013: 75% d. Vorvorjahres)
- 2013 betragen die Aufwendungen rd. 10 Mio. Euro, 2014 rd. 11 Mio. Euro für diese Leistung

Grundsicherung für Arbeitssuchende SGB II (Produkt 31200)

- Insgesamt im Produkt für 2013 konstante Aufwendungen im Vergleich zum Plan 2012, erst 2014 wieder Anstieg um rd. 870 TEUR Euro für KdU
- Ursache ist die in 2012 noch zu hohe Planung für BuT, allein hier Minderbedarf v. 600 TEUR
- Dagegen Mehrbedarf bei KdU von 460 TEUR wegen Miet- und BK-Steigerungen, insgesamt absinkende Fallzahlen (Bedarfsgemeinschaften); - 300 BG gegenüber Plan 2012 (9.200 BG)

	BG	KdU	Kdu/BG/Monat
Ø 2011	9.109	35,94 Mio. Euro	329 EUR
Ø 2012 (bis 10/12)	8.979	30,13 Mio. Euro	336 EUR
Oktober 2012	8.750	2,93 Mio. Euro	335 EUR
Plan 2013	8.900	36,85 Mio. Euro	345 EUR
Plan 2014	8.950	37,59 Mio. Euro	350 EUR

Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz (Produkt 31300)

- Mehraufwendungen von rd. 900 TEUR (2013) und nochmals 100 TEUR (2014) aufgrund angekündigter hoher Zuweisungszahlen und neuer Regelbedarfe nach BVerfG-Urteil im letzten Jahr

Soziale Einrichtungen für Aussiedler und Ausländer (Produkt 31550)

- Mehrbedarf von 790 TEUR (2013) und nochmals 64 TEUR (2014) für
 - o GU Alte Zauche Kostenaufwuchs jeweils 50.000 Euro pro Jahr
 - o Neue GU Hegelallee (war 2012 in Planung noch nicht berücksichtigt), rd. 230 TEUR pro Jahr

- Einrichtung und Betrieb neuer GUs bzw. Übergangslösungen 500 TEUR pro Jahr, wobei ab 2014 über die Änderungsliste der Verwaltung weitere 280 TEUR pro Jahr eingereicht werden (haushaltsneutral), da 500 TEUR vorauss. nicht ausreichen

Sonstige soziale Angelegenheiten örtlicher Träger (Produkt 35170)

- Bildung- und Teilhabeleistungen nach § 6b Bundeskindergeldgesetz
 - Minderbedarf 600 TEUR für BuT-Leistungen gegenüber Plan 2012
- Zuwendungen an Träger
 - Mehrbedarf 95 TEUR (2013) / 108 TEUR (2014) – s. ges. Liste

Im Anschluss an die Einbringung verständigen sich die Ausschussmitglieder die Beratung zum Haushalt 2013/2014 für den Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umweltschutz in der nächsten Sitzung zu führen. Zur Sitzung werden dann mit den Unterlagen an alle Ausschussmitglieder nochmals die abgestimmten Listen über die Förderung von Projekten im Jahr 2013 ausgereicht.

zu 6 Mitteilungen der Verwaltung

zu 6.1 Lokaler Teilhabeplan der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 12/SVV/0903

Oberbürgermeister, Gleichstellungsbeauftragte

Die Drucksache wird bis zur April-Sitzung zurückgestellt.

zu 6.2 Zukunftsprogramm 2017 (ehemals Haushaltssicherungskonzept)

Vorlage: 13/SVV/0045

Oberbürgermeister, Steuerungsunterstützung

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass im Zukunftsprogramm 2017 keine Maßnahmen enthalten sind, die in der Zuständigkeit des Ausschusses für Gesundheit und Soziales liegen. Die Drucksache könne daher zur Kenntnis genommen werden.

Frau Dencker bittet um Abstimmung über das Verfahren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

zu 7 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine

Hinweise auf Termine:

25.02.2013, 11:00 Uhr - Eröffnung der Ausstellung der schönsten Einsendungen zum 3. Europa-Malwettbewerb in den Bahnhofspassagen Potsdam

01.03. bis 08.03.2013 – 23. Brandenburgische Frauenwoche

08.03.2013, 19:00 Uhr - Internationaler Frauentag im Nikolaisaal „FRAUEN STIMMEN GEWINNEN“

08.06.2013 - Sommerfest der BBAG e.V. "40 Jahre Städtepartnerschaft Potsdam - Opole"

08.06. bis 16.06.2013 – 20. Brandenburgische Seniorenwoche unter dem Motto „20 Jahre Seniorenbeirat – aktiv, selbstbestimmt, solidarisch“

Frau Dencker erinnert daran, dass die März-Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales im Jobcenter der Landeshauptstadt Potsdam stattfinden sollte und dann das Thema Arbeitsmarktpolitik behandelt werden sollte.

Frau Müller-Preinesberger macht darauf aufmerksam, dass die Ausschusssitzung in einem Sitzungsraum des JLP stattfinden wird. Eine Besichtigung des Hauses wäre hier nicht erforderlich, da es sich lediglich um Büroräume handelt. Des Weiteren gibt sie zu bedenken, dass dies dann die dritte Sitzung in Folge an einem anderen Sitzungsort wäre.

Frau Dencker bittet um Abstimmung über die Durchführung der März-Sitzung beim Jobcenter der LHP.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 0
Ablehnung: 5
Stimmenthaltung: 2

**Nächster Ausschuss für Gesundheit und Soziales: 19. März 2013,
18:00 Uhr im Stadthaus**

Maike Dencker
stellv. Ausschussvorsitzende

Martina Spyra
Schriftführerin

Seniorenbeirat der Stadt Potsdam

Geschäftsführender Vorstand & Seniorenbüro

Anschrift	Friedrich-Ebert-Straße 79 - 81 14469 Potsdam
Ansprechpartner	Herr Brandt
Zimmer	108/109
Telefon 0331 289-	0436
Fax 0331 289-	04361
E-Mail	Seniorenbuero@Rathaus.Potsdam.de
Internet	www.potsdam.de

Bericht Seniorenbeirat

Der Seniorenbeirat tagte am 22.01.2013.

- Die langfristige, kontinuierliche und sachkompetente Besetzung des Seniorenbüros ist nach wie vor ungeklärt. Es muss dringend eine dauerhafte Lösung gefunden werden.
- Der Seniorenbeirat der Landeshauptstadt Potsdam beteiligt sich am Projekt „Senioren in Europa“ des Landesseniorenrates anlässlich des Jahres der europäischen Bürgerinnen und Bürger.

- Eine Aktivität ist die Seniorendelegiertenkonferenz am 25. April um 14:00 Uhr im Plenarsaal der Stadtverwaltung Potsdam.

Die Seniorendelegiertenkonferenz bündelt die Kraft aller in Potsdam tätigen Seniorenvereine und Einrichtungen und befasst sich regelmäßig mit wichtigen senienpolitisch relevanten Aufgaben der Stadt.

Mit Sorge betrachten wir die Entwicklung der Altersarmut in Potsdam, in Deutschland und in Europa.

Aus diesem Grunde wird sich die Potsdamer Seniorendelegiertenkonferenz am 25. April 2013 mit der Entwicklung der Altersarmut befassen.

Neben den notwendigen Informationen durch die Stadtverwaltung, der Einschätzung der Arbeit unserer Arbeitsgruppe Soziales möchten wir den Europaabgeordneten Prof. Dr. Bisky bitten, uns die Entwicklung aus Europäischer Sicht darzulegen.

Es geht um die Möglichkeiten des Europaparlaments, der Altersarmut zu begegnen, um die Maßnahme aus dem Europäischen Sozialpaket und den Einfluss des Parlaments auf die Kommission, nachhaltige Maßnahmen zu fördern.

Die dazu notwendigen Informationen werden sicher auch dazu beitragen, den Stellenwert der Europaabgeordneten anzuheben, was für die kommende Wahl im nächsten Jahr bedeutsam sein kann.

Die Veranstaltung findet im Plenarsaal des Stadthauses Potsdam statt. Es werden etwa 50 Delegierte und Gäste erwartet.

Wir möchten im Anschluss an die Vorträge die Diskussion zwanglos fortsetzen und das mit einem kleinen Imbiss verbinden.

- Eine zweite Aktivität wird die Erarbeitung einer Anthologie zum Thema „Senioren in Europa“ sein.
Diese Anthologie wird von der Arbeitsgruppe „Zeitzeugen“ des Seniorenbeirats Potsdam in Zusammenarbeit mit den „Zeitzeugen“ aus Cottbus erstellt.
Die Broschüre wird einen Umfang von ca. 60 Seiten haben und mit einer Auflage von 400 Exemplaren im ersten Halbjahr erscheinen.

- Geplante Tagesordnung für die Seniorendelegiertenkonferenz am 25. April:

1. Begrüßung der Delegierten und Gäste durch den Vorsitzenden des Seniorenbeirats.
2. Referat des Europaabgeordneten Prof. Dr. Bisky zur Gefahr der zunehmenden Altersarmut in Europa.
3. Bericht der Stadtverwaltung zur Entwicklung der Altersarmut in Potsdam (angefragt Frau Müller-Preinesberger, Beigeordnete des Geschäftsbereichs Soziales, Jugend, Ordnung und Umweltschutz).
4. Bericht der Arbeitsgruppen „Wohnen im Alter, Betreutes Wohnen“ und „Soziales und Gesundheit“ zum Thema.
5. Diskussion zur oben genannten Thematik.
6. Mitglieder der Arbeitsgruppe „Zeitzeugen“ lesen aus ihrer neuen Sonderbroschüre anlässlich des Jahres der europäischen Bürgerinnen und Bürger.

Als zeitlicher Umfang der Konferenz sind 120 Minuten geplant.
Im Anschluss laden wir die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu einem kleinen Imbiss mit der Möglichkeit zu individuellen Gesprächen ein.

- Aktivitäten der Arbeitsgruppe „Wohnen im Alter, Betreutes Wohnen“

1. Medienarbeit in der Stadtteilzeitung „Taufzone“ – monatliche Beiträge zum Thema „Wohnen im Alter“
2. Zeitung „Blickpunkt Potsdam“ – Artikel zum Thema „Wohnformen für Senioren“
3. Interview von Frau Bertz - Leiterin unserer Arbeitsgruppe „Wohnen im Alter“ - bei PotsdamTV zum Thema „Wohnen und Leben im Alter“.
Das Interview wurde am 20. Februar in der Rubrik „Stadtleben“ im Beitrag „Wohnen im Alter - Facettenreiche zweite Lebenshälfte“ gesendet.
4. Teilnahme an verschiedenen Workshops diverser Veranstalter zum Thema „Wohnen im Alter“.
Beispiel: „Leben von Menschen mit Demenz“ am 05.03.2013 im Treffpunkt Freizeit.


Wolfgang Buschmann
Vorsitzender des Seniorenbeirats

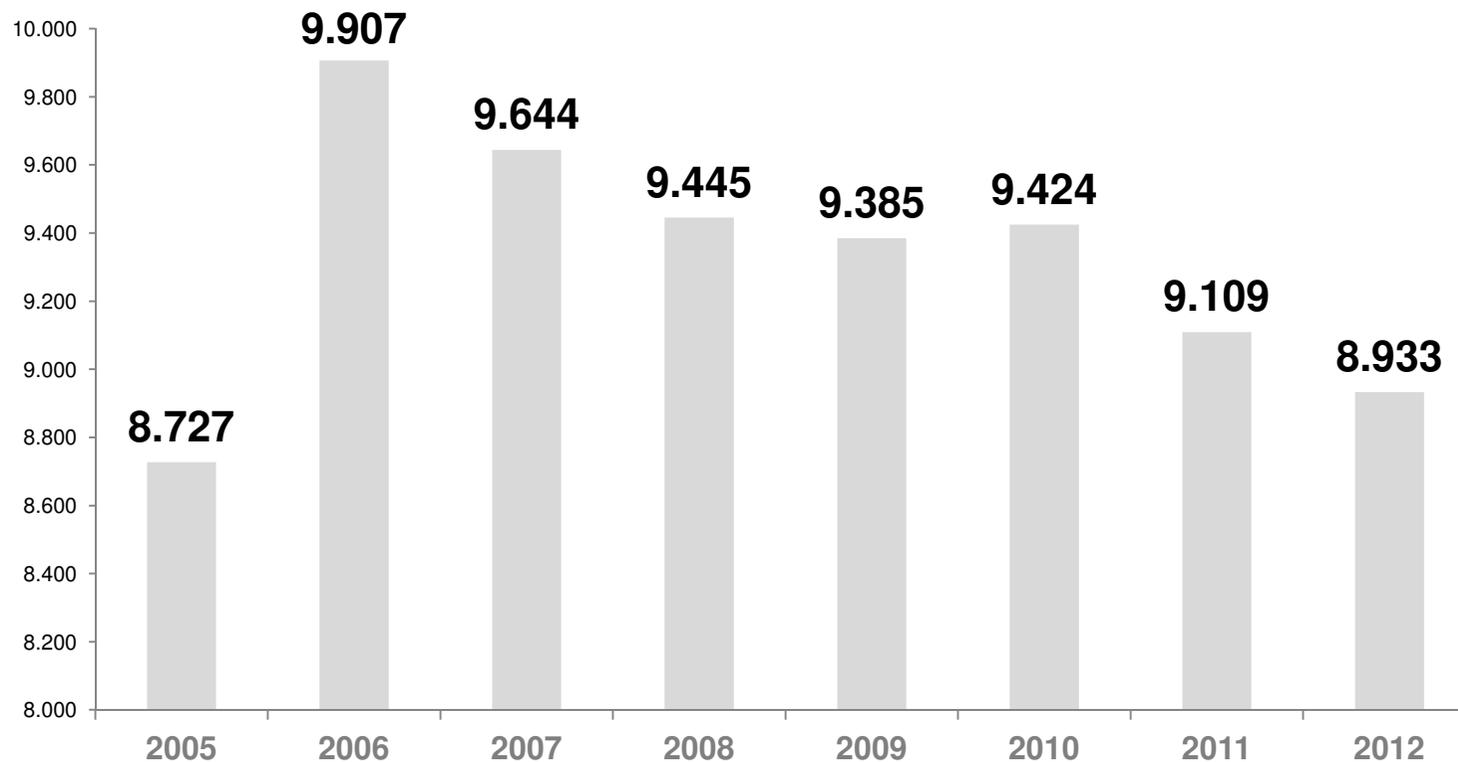


**Vortrag vor dem Sozialausschuss
am 19.03.2013**

Entwicklung des Arbeitsmarktes – Anzahl der BG`en

Anzahl der Ø Bedarfsgemeinschaften ab 2005

endgültige Werte ; Okt 12 bis Dez 12 Hochrechnung

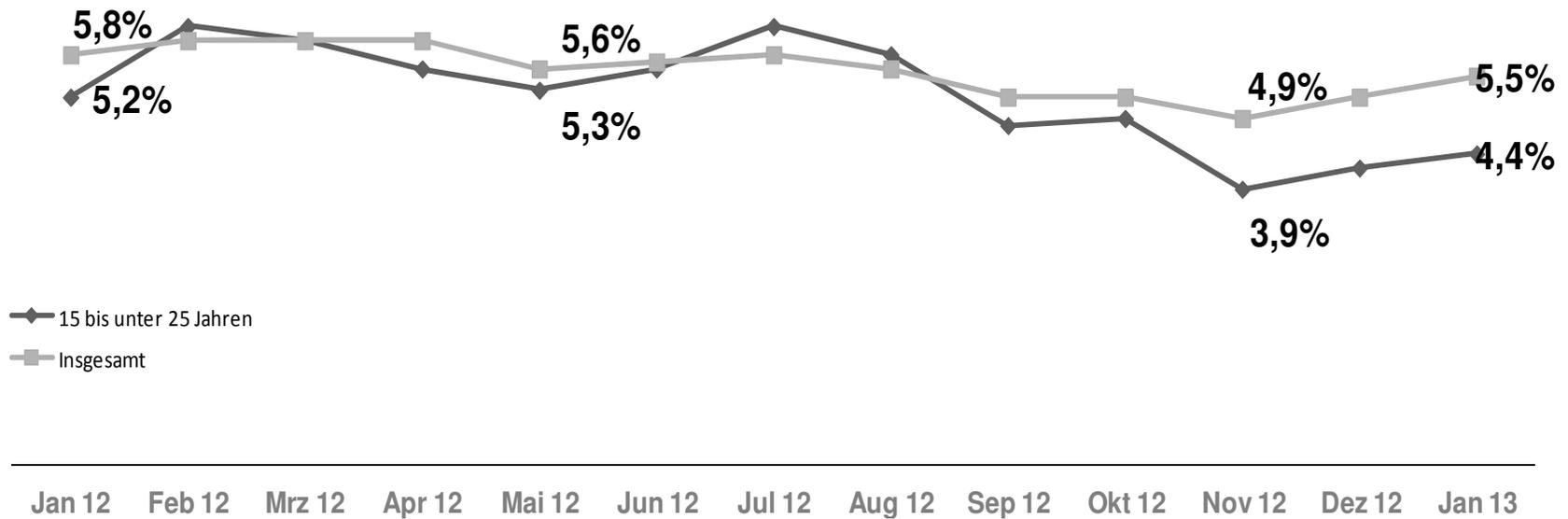


Entwicklung des Arbeitsmarktes – Arbeitslosenquoten

Entwicklung der Arbeitslosenquote im Bereich SGB II

Senkung der Arbeitslosenquote insgesamt zum Vorjahresmonat Januar um 0,3%

Senkung der Arbeitslosenquote U25 zum Vorjahresmonat Januar um 0,8%

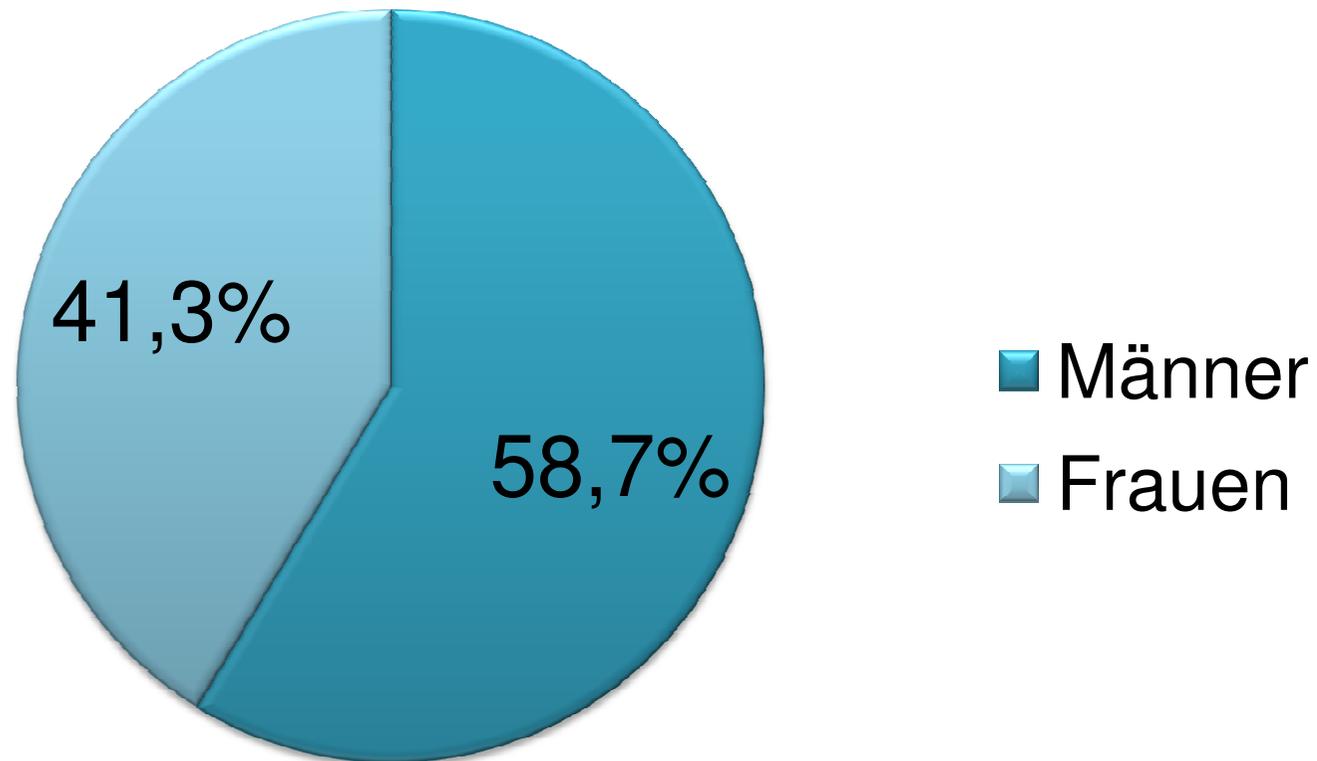


Arbeitslosigkeit im SGB II

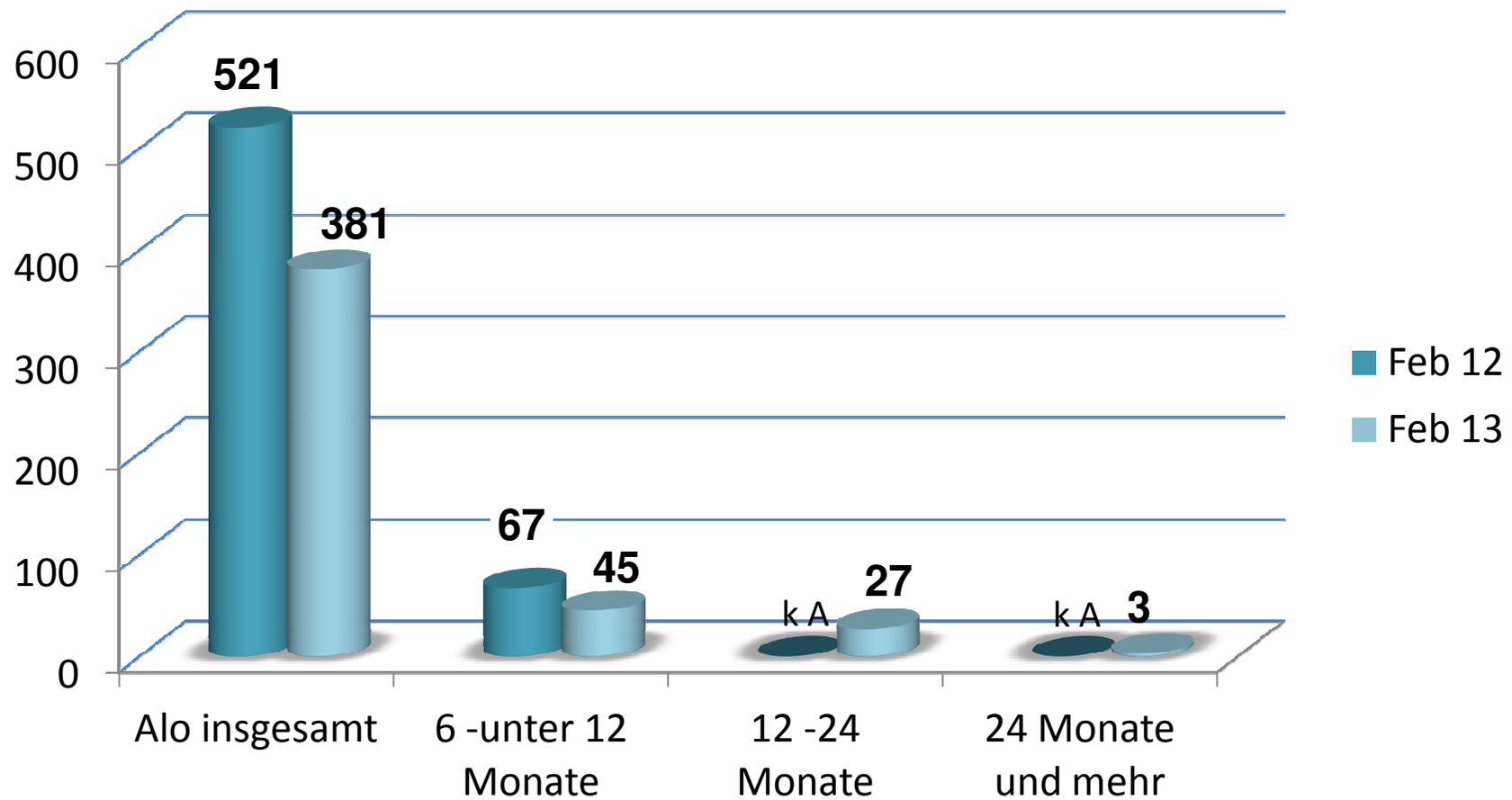
	Februar 2013	Februar 2012
Anzahl Arbeitslose	4.649	5.053
Differenz absolut Differenz prozentual	- 404 - 8,0%	
Anzahl Langzeitarbeitslose	1.798	1.719
Differenz absolut Differenz prozentual	80 4,7%	

Arbeitslose SGB II – Berechtigte nach Geschlecht

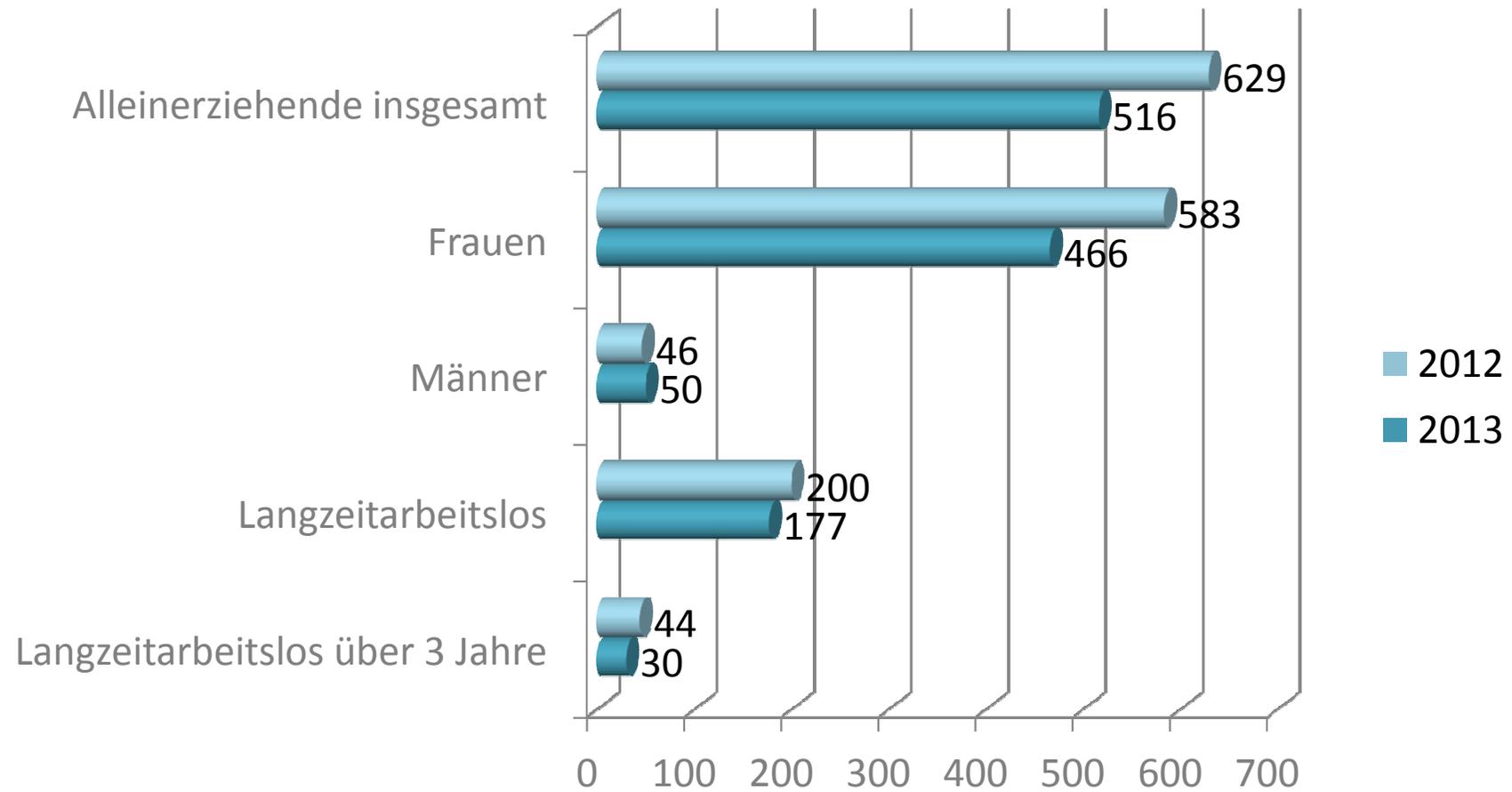
Februar 2013



Arbeitslose 15 -25 jährige SGBII - Berechtigte



Arbeitslose Alleinerziehende SGB II Berechtigte



1. Entwicklung des Arbeitsmarktes

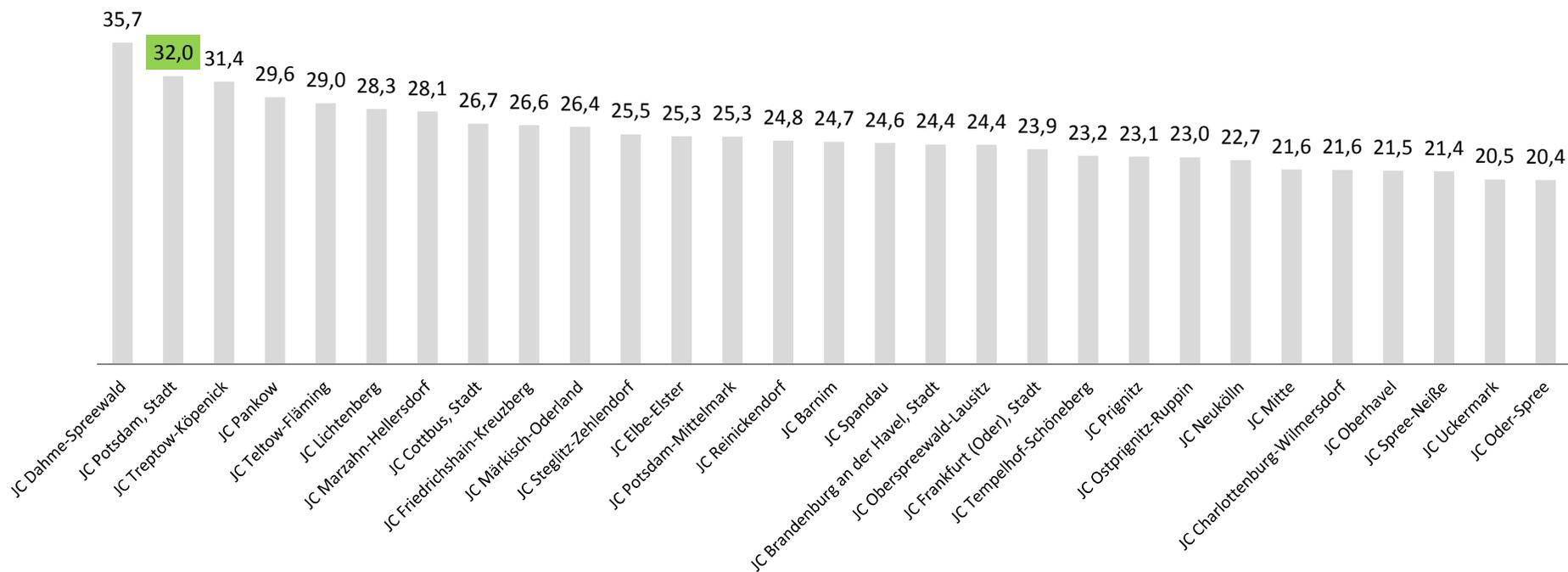
Arbeitsmarkt SGB II in Zahlen: Dez 2012 und Dez 2011

	2011		2012
Anzahl Arbeitsuchenden:	9.268		8.971
Arbeitslosenquote gesamt:	5,4%		5,2%
Arbeitslosenquote U25:	4,7%		4,2%
Durchschnittliche Anzahl der BG:	9.109		8.933
Durchschnittliche Anzahl der Langzeitbezieher:	7.636		7.494

Prozessqualität - Integrationsquote

Potsdam erreichte weiterhin die zweithöchste Integrationsquote in Berlin und Brandenburg

Quelle: Kennziffern nach 48a SGBII, Okt 2012 endgültige Daten



Markt und Integration

Sanktionen

Brandenburg an der Havel				Landeshauptstadt Potsdam				Teltow-Fläming			
Dez 12	Jan 13	Änd. zum VJM [%]	Änd. zum VM [%]	Dez 12	Jan 13	Änd. zum VJM [%]	Änd. zum VM [%]	Dez 12	Jan 13	Änd. zum VJM [%]	Änd. zum VM [%]
3,4	3,2	43,5	-6,8	4,1	4,4	57,2	6,9	4,4	5,0	77,3	14,5

Sanktionsquote in Bezug auf alle eLb in % (nach Wartezeit von Drei Monaten)²

Beispiele* für Sanktionen, die die Integrationsarbeit positiv beeinflusst haben

Marcus T. (33 Jahre); 1 Kind

seit 2010 ohne Beschäftigungsverhältnis
regelmäßige Sanktionen aufgrund fehlender Mitwirkung
seit 01.01.2013 sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung

Manuela Z. (42 Jahre) 3 Kinder

seit 2007 keine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit
immer wieder einzelne Sanktionen aufgrund fehlender Mitwirkung
ab 01.03.13 sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung

Fabian R. (30 Jahre)

letzte Beschäftigung 2001
wurde bereits 100% sanktioniert (letztmalig Februar 2013)
ab 01.02.13 in sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung
mit 30 Stunden

Matthias D. (42 Jahre)

letzte Beschäftigung 2008
immer wieder Sanktionen im Zuge Meldeversäumnisse und
fehlender Mitwirkung
seit 01.02.12 in sozialversicherungspflichtiger Teilzeitbeschäftigung

Ilona A. (51 Jahre)

letzte Beschäftigung 2009
immer wieder Sanktionen im Zuge Meldeversäumnisse und
fehlender Mitwirkung
seit 01.07.12 in einer Nebenbeschäftigung

* anonymisiert

Fred S. (53 Jahre)

seit 2012 mehrere Sanktionen wegen
Meldeversäumnissen/Nichtteilnahme Maßnahme
im Januar 2013 wurde die Zuweisung in eine Maßnahme
(Ein-Euro-Job) vereinbart
seit 04.02.13 nimmt der Kunde regelmäßig teil

Sinan Y. (54 Jahre)

seit 2012 mehrere Sanktionen wegen Meldeversäumnisse
es erfolgte eine Zuweisung in eine Maßnahme (Ein-Euro-Job)
die Zusammenarbeit mit dem Fallmanager hat sich deutlich verbessert

Mandy T. (29 Jahre), 2 Kinder

kein Berufsabschluss
immer wieder Sanktionen im Zuge Meldeversäumnisse und
fehlender Mitwirkung
seit 2013 erscheint die Kundin regelmäßig zu den Terminen
und bemüht sich um Arbeit

Ralf B. (53 Jahre)

immer wieder Sanktionen im Zuge Meldeversäumnisse
und fehlender Mitwirkung
seit 2012 erscheint der Kunde regelmäßig zu den Terminen

Antigone U. (26 Jahre)

wurde im November 2012 wegen des Nichtantritts einer
Maßnahme sanktioniert
erscheint inzwischen pünktlich zu den Meldeterminen und
zeigt Bereitschaft ab 01.03.13 an einer Maßnahme
(Ein-Euro-Job) teilzunehmen

Migranten

Ansprechpartner im Jobcenter Landeshauptstadt Potsdam

- Betreuung durch Fallmanager
- Ansprechpartner für Sonderfälle: Bereichsleiter Leistung und Bereichsleiter Integration
- koordinierende Funktion des Integrationsplaners und Beauftragten für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt (BCA) bei der Gremienarbeit und bei der Zusammenarbeit mit der Beauftragten für Migration und Integration der Landeshauptstadt Potsdam, mit Trägern und Weiteren

Vernetzte Angebote des Jobcenter Landeshauptstadt Potsdam

- Deutschkurse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge
- berufsbezogene Sprachförderung
- Anerkennungsstelle für ausländische Qualifikationen
- Qualifizierungsmaßnahmen (Förderung beruflicher Weiterbildung) und Integration in **alle!** Maßnahmen- und Förderangebote des Jobcenter Landeshauptstadt Potsdam
- zusätzlich bietet das Regionalbudget ein spezielles Projekt für Menschen mit Migrationshintergrund
- individuell abgestimmte Hilfepläne, u.a. durch das System „blaue Karte“

Zielvereinbarung des Jobcenters - Kommunal

Ergebnisse der Zielvereinbarungen zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und dem Jobcenter Landeshauptstadt Potsdam für den Zeitraum 2011 / 2012

Ziel 1:

Im Jahr 2011 liegt die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften (BGs) im Jahresdurchschnitt bei höchstens 9.270. Für das Jahr 2012 soll ein Jahresdurchschnittswert von 9.000 BGs erreicht werden.

Ergebnis: Jahresdurchschnittswert 2011:	9.109
Jahresdurchschnittswert 2012:	8.933*

*Für die letzten drei Monate in 2012 basiert die Angabe auf verlässlichen Hochrechnungen.

Ziel 2:

Die Anzahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten über 55 Jahre übersteigt 1.600 nicht und sinkt, von dem erreichten Wert ausgehend, in 2012 um 2%.

Ergebnis:

Die Anzahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten über 55 Jahre betrug im Dezember 2011 insgesamt 1.606 und sinkt im Dezember 2012 um 0,25% auf 1.602 (unrevidierte Daten).

Zielvereinbarung des Jobcenters - Kommunal

Ziel 3:

Der Anteil von Bedarfsgemeinschaften mit Kindern ist bis zum Ende des Jahres 2012 auf unter 27% zu senken. Abhängig von der Gesamtzahl aller BGs bedeutet dieses Ziel eine Senkung von BGs mit Kindern um ca. 95 BGs. Um dieses Ziel zu erreichen ist eine durch das JLP geleitete Projektgruppe zu etablieren.

Ergebnis:

Im September 2012 betrug der Anteil der BGs mit Kindern an allen BGs 27,4%.

Die Anzahl der BGs mit Kindern sank um 256.

Eine durch das JLP geleitete Arbeitsgruppe zur Senkung der Anzahl der BGs mit Kindern ist etabliert.

Ziel 4:

Die Anzahl der auf Grundlage des § 104a, Abs. 23 Satz 1 Aufenthaltsgesetz SGB II-Hilfeberechtigten ist bis Ende 2011 auf ein kleinstmögliches Maß (null Personen) zu verringern.

Ergebnis:

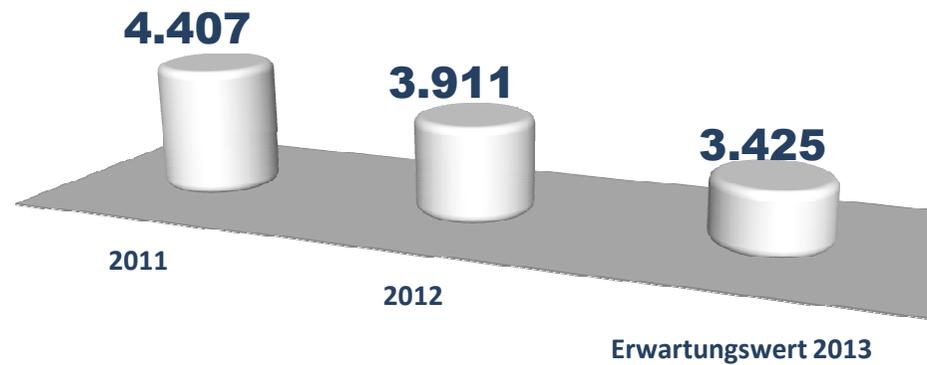
Zu Beginn des Jahres 2012 wurden 17 Bedarfsgemeinschaften mit 44 Personen mit einem Status nach § 104a Aufenthaltsgesetz durch das JLP betreut. Diesen Status hat kein Kunde aus diesem Personenkreis mehr.

Entwicklung der Kosten der Unterkunft 2011 - 2012

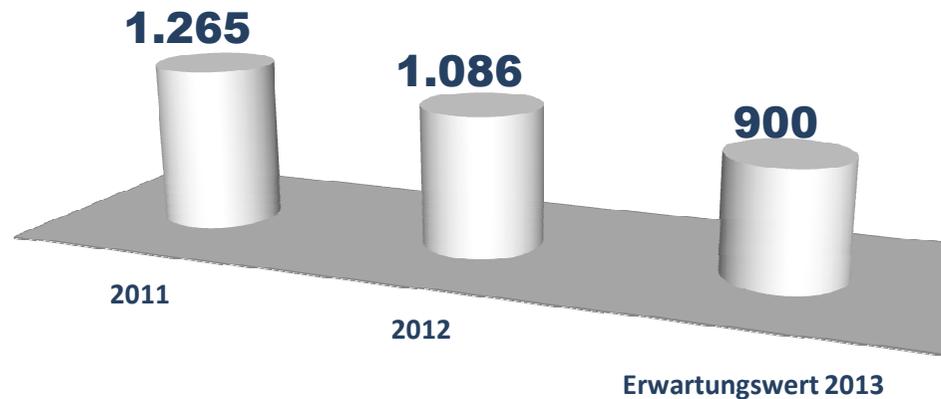
Stand Monat	2012 Mittelabfluss (ERP)		2011 Mittelabfluss (ERP)		Differenz Ist 2012 zu Ist-2011 in €
	mtl. in €	JFW in €	mtl. in €	2011 JFW in €	
Januar	3.051.289,67	3.051.289,67	2.882.011,88	2.882.011,88	169.277,79
Februar	3.012.015,50	6.063.305,17	2.937.635,75	5.819.647,63	243.657,54
März	3.071.528,46	9.134.833,63	2.916.122,39	8.735.770,02	399.063,61
April	3.015.544,59	12.150.378,22	3.032.807,11	11.768.577,13	381.801,09
Mai	2.959.637,27	15.110.015,49	3.016.465,67	14.785.042,80	324.972,69
Juni	2.986.211,26	18.096.226,75	3.005.068,46	17.790.111,26	306.115,49
Juli	3.000.649,37	21.096.876,12	3.064.763,35	20.854.874,61	242.001,51
August	2.957.062,08	24.053.938,20	3.125.691,05	23.980.565,66	73.372,54
September	3.028.270,67	27.082.208,87	3.004.395,06	26.984.960,72	97.248,15
Oktober	2.914.333,93	29.996.542,80	2.992.882,84	29.977.843,56	18.699,24
November	2.855.609,12	32.852.151,92	2.932.260,05	32.910.103,61	-57.951,69
Dezember	2.878.783,56	35.730.935,48	2.846.418,84	35.756.522,45	-25.586,97
Gesamt	35.730.935,48	35.730.935,48	35.756.522,45	35.756.522,45	-25.586,97

Ergebnisse der Projekte zur Verringerung von Widersprüchen und Klagen

Rückgang der Widerspruchseingänge



Rückgang der Klageeingänge



Verschiedenes

Entwicklung der Kundenzufriedenheit in den Jobcentern

- Das zweite Mal in Folge erreicht keines der JC das Ziel - einen Wert unter 2,5.
- Das JC LHP verschlechtert sich gegenüber dem 1. HJ 2012.
- Die JC BRB und TF verbessern sich gegenüber dem 1. HJ 2012.

	Q 1			Q 2			Q 3			Q 4			1. HJ 2012			2. HJ 2012			Trend
	Soll-Ist		[abs]	Soll-Ist		[abs]	Soll-Ist		[abs]										
	Ist	Soll		Ist	Soll		Ist	Soll		Ist	Soll		Ist	Soll		Ist	Soll		
JC BRB	2,56	2,48	0,08	2,55	2,48	0,07	2,51	2,48	0,02	2,47	2,48	-0,01	2,68	2,50	0,18	2,65	2,50	0,15	🟢
JC LHP	2,54	2,32	0,23	2,60	2,32	0,29	2,60	2,32	0,28	2,59	2,32	0,28	2,50	2,50	0,00	2,56	2,50	0,06	🔴
JC TF	2,56	2,52	0,03	2,54	2,52	0,01	2,53	2,52	0,01	2,49	2,52	-0,04	2,64	2,50	0,14	2,58	2,50	0,08	🟢

Online im BA-Intranet;ZKM - Bereitstellung der Daten für 2. HJ 2012 und Q4-2011 (Datenstand: 18.01.2012)

Umgang des JLP mit sittenwidrigen Lohnzahlungen/Lohnwucher

Dem Jobcenter Landeshauptstadt Potsdam obliegt es gem. § 33 SGB II i.V.m. § 115 SGB X aus gestörten Arbeitsrechtsverhältnissen Rechtsansprüche von Kunden mit Grundsicherungsbezug nach dem SGB II zu verfolgen.

Ein gestörtes Arbeitsrechtsverhältnis liegt insbesondere vor, wenn der Arbeitgeber seinen Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht im angemessenen Umfang (sog. Lohnwucher) nachkommt.

Im Jahr 2012 wurden insgesamt 12 Rechtsverfolgungen nach § 33 SGB II i.V.m. § 115 SGB X vorgenommen. Alle Rechtsverhältnisse konnten durch Zahlung des angemessenen bzw. tariflichen Lohnes außergerichtlich geklärt werden.

Leistungen für Selbständige einschließlich Betriebsprüfungen

Derzeit erhalten über 560 Bedarfsgemeinschaften, in der mindestens ein Mitglied über Einkommen aus Selbständigkeit verfügt, Leistungen nach dem SGB II. Die integrative und leistungsrechtliche Betreuung dieser Bedarfsgemeinschaften ist im Vergleich mit anderen Bedarfsgemeinschaften wesentlich komplexer.

Zur Verbesserung der Fachlichkeit und der Betreuung dieses Personenkreises ist zum 01.01.2013 ein neues Leistungsteam gebildet worden. Dieses Team wird durch zwei speziell ausgebildete Fallmanager inhaltlich begleitet, um die Verzahnung zwischen dem Integrations- und Leistungsbereich zu optimieren.

Im Jobcenter Landeshauptstadt Potsdam wurden durch die Geschäftsführung drei Potsdamer Unternehmen mit Grundsicherungsbezug nach dem SGB II durch eine Inaugenscheinnahme vor Ort geprüft.

Im Einzelnen handelte es sich dabei um einen Gaststättenbetreiber, eine Fotostudiobetreiberin und um die Inhaberinnen eines Lebensmittelfeinkostgeschäfts. Alle Unternehmer waren im Langzeitbezug im JLP und erwirtschafteten keinen den Grundsicherungsbedarf sichernden Gewinn.

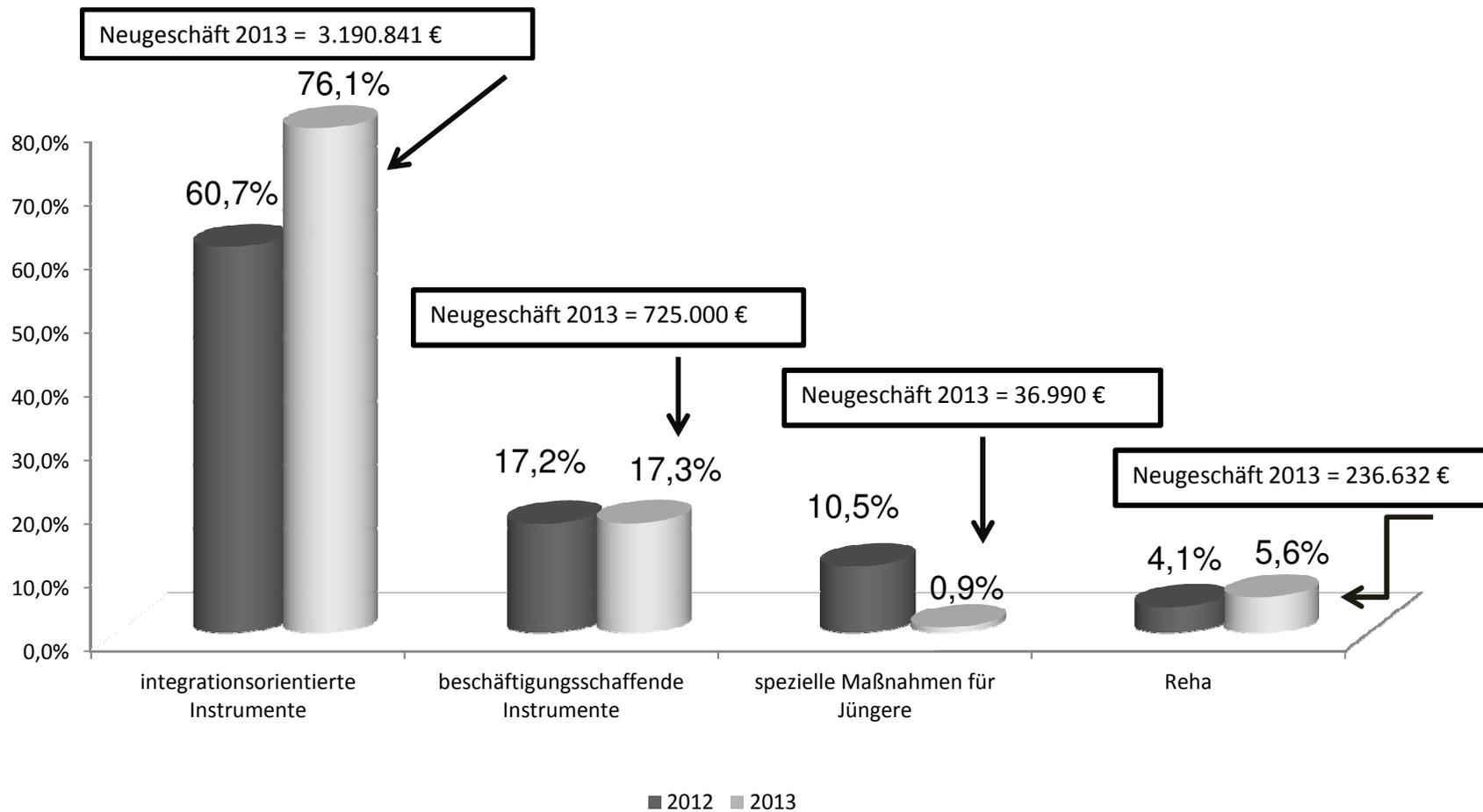
Die mit der Inaugenscheinnahme verbundenen Gespräche führten zu unterschiedlichen Ergebnissen, wie der Beendigung des Leistungsbezuges bzw. einer vollständigen beruflichen Neuorientierung. Im Ergebnis der letzten Betriebsprüfung wird von einer aussichtsreichen Gewinnsteigerung in den nächsten sechs Monaten ausgegangen.

Die Reihe der Betriebsprüfungen wird das JLP auch im Jahr 2013 als unterstützendes Instrument zur Integration in den Arbeitsmarkt weiter verfolgen.

Haushaltsentwicklung 2011 - 2012- 2013

JLP - Zuteilungen Ausgabemittel im Vergleich						
Jahr	BG Zahlen im Jahres-Ø	Integrationsbudget		Verwaltungsbudget		
		Ausgabemittel	Differenz zum Vorjahr	Ausgabemittel	Differenz zum Vorjahr	
2008	9445	14.908.580 €		8.438.330 €		
2009	9385	14.828.915 €	-79.665 €	9.760.516 €	1.322.186 €	
2010	9424	15.283.961 €	455.046 €	10.887.186 €	1.126.670 €	
2011	9151	11.088.222 €	-4.195.739 €	10.548.579 €	-338.607 €	
2012	8933	9.093.081 €	-1.995.141 €	10.109.122 €	-439.457 €	
2013		7.957.914 €	-1.135.167 €	10.008.406 €	-100.716 €	

Verteilung der Eingliederungstitel nach Förderinstrumenten



Ausblick Zukunftsprogramm Berlin - Brandenburg

Das Zukunftsprogramm Berlin - Brandenburg

- ist mittelfristig ausgelegt (bis 2015)
- setzt die Schwerpunkte bei der Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit (3,5% Arbeitslosenquote in 2015) und der Reduzierung der Anzahl von Langzeitbeziehern (- 401 bis 2015),
- umfasst eine Vielzahl von konkret ausformulierten Aktivitäten / Maßnahmen / strukturellen Verbesserungen (über 100)
- aus diesem Portfolio können die Jobcenters auswählen

Das Jobcenter Landeshauptstadt Potsdam wird im Rahmen des Zukunftsprogramms Berlin-Brandenburg jeweils 4 Maßnahmen für die Zielgruppen Jugendliche und Langzeitbezieher umsetzen.

Bei der Umsetzung wird das Jobcenter Landeshauptstadt Potsdam durch

- eine Helpline
- Schulungen
- Begleitung vor Ort

unterstützt.

Vielen Dank
für Ihre
Aufmerksamkeit



Landeshauptstadt
Potsdam

Fachstelle 3802

Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung

Landeshauptstadt Potsdam



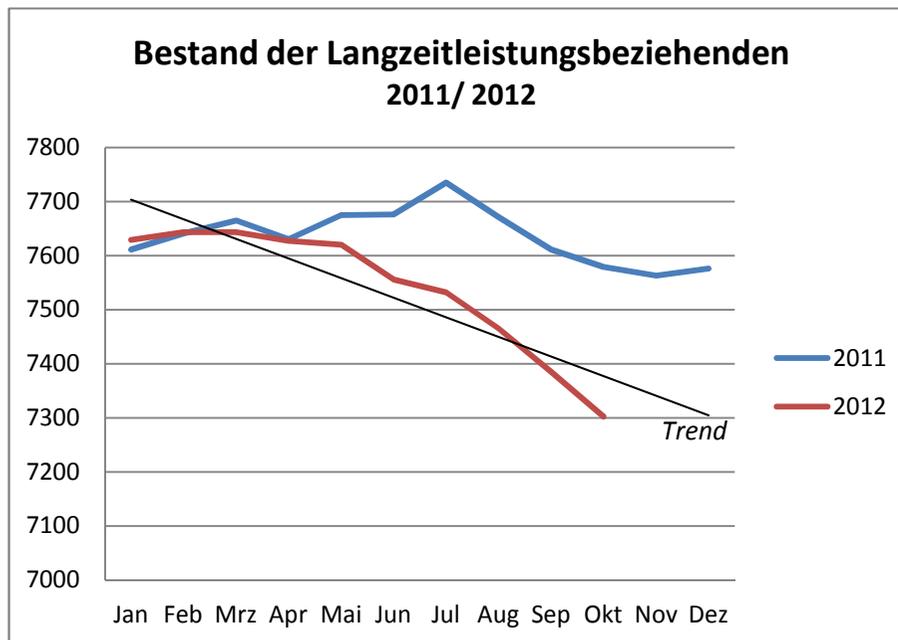
EUROPÄISCHE UNION
Europäischer Sozialfonds



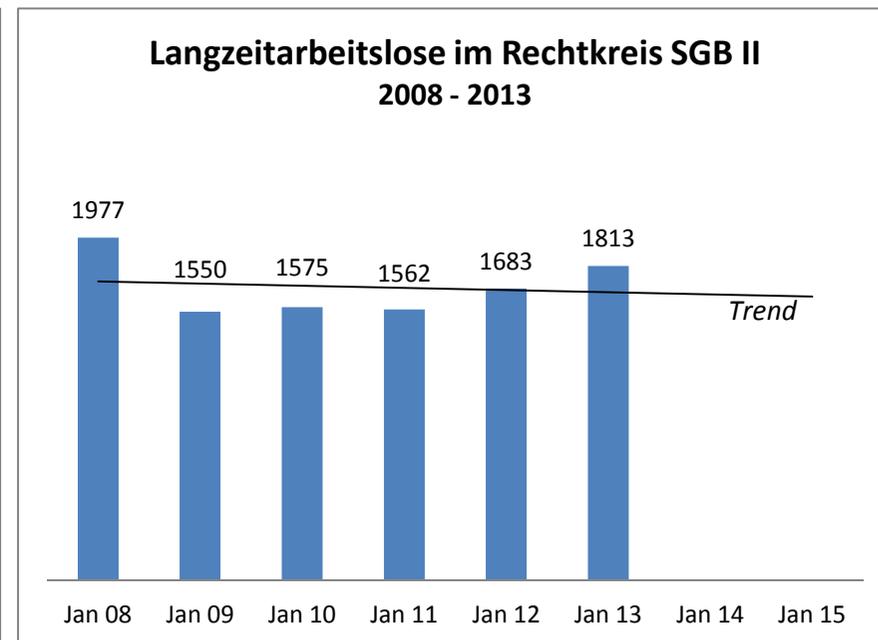
LAND
BRANDENBURG

Ministerium für Arbeit, Soziales,
Frauen und Familie

Entwicklung der Langzeitbeziehenden und Langzeitarbeitslosen in der Landeshauptstadt Potsdam



Quelle: <http://www.sgb2.info/kennzahlen/statistik>



Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen, Report für Kreise und kreisfreie Städte, Potsdam Stadt

Laufende Projekte der Fachstelle 3802

- ✓ Regionalbudget V
- ✓ Arbeit für Brandenburg
- ✓ Bürgerarbeit
- ✓ Integrationsbegleitung
- ✓ „Netzwerk für Chancengerechtigkeit und sozialen Aufstieg im transnationalen Erfahrungsaustausch“

Regionalbudget V

"Beschäftigungsperspektiven eröffnen – Regionalentwicklung stärken"

Ziele

1. Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung von arbeitslosen Frauen und Männern
2. Verbesserung der sozialen Eingliederung von arbeitslosen Frauen und Männern
3. Anregung von Akteurskooperationen und Netzwerkbildung vor Ort

Förderzeitraum: 01.03.2012 bis 31.03.2014

14 Projektansätze

450 Teilnehmende insgesamt

Zuschussfähige Gesamtausgaben:	2.530.258,60 €
davon ESF-Mittel:	1.583.100,60 €
davon Kofinanzierung:	947.158,00 €

Projektansätze Regionalbudget V



Lfd. Nr.	Zielgruppe	Projekt
1	Ältere	Potsdamer Expertenpool 50plus
2	Jugendliche	Sprungfeder
3	Gründungswillige ü 28	Ideenwerkstätten Potsdam
4	Netzwerk	Allianz für Menschen ohne Arbeit
5	Alleinerziehende und junge Eltern	Duale Qualifizierung für Alleinerziehende und junge Eltern
6	Ältere und Jüngere	Erfolg durch Tandem
7	Psychisch Vorerkrankte	Reboot
8	Jugendliche	Sprungfeder II
9	Ältere	Jetzt erst recht! 50+!
10	Ältere und Jüngere	Tandem – ein Generationenprojekt für Arbeit und Ausbildung
11	Psychisch Vorerkrankte	futuro
12	Migranten	REA – Ressourcen aktivieren und anwenden
13	Alleinerziehende und junge Eltern	JOBCHANCE
14	Gründungswillige ü 28	

- 1. Ziel: Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung von arbeitslosen Frauen und Männern
- 2. Ziel: Verbesserung der sozialen Eingliederung von arbeitslosen Frauen und Männern
- 3. Ziel: Anregung von Akteurskooperationen und Netzworkebildung vor Ort

Arbeit für Brandenburg

Ziele:

1. Ermöglichung erwerbsbezogener und sozialer Integration
2. Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit
3. Leisten eines Beitrages zur Stärkung kommunaler Strukturen

durch

Schaffung zusätzlicher befristeter sozialversicherungspflichtiger (ohne Beitrag zur Arbeitslosenversicherung) Beschäftigungsverhältnisse für langzeitarbeitslose Personen

Förderzeitraum: 10.10.2010 – 30.04.2013

74 Teilnehmende insgesamt

Mittel vom Jobcenter: 1.262.736 €

Mittel Stadt und Land: 799.200 €

Bürgerarbeit

Ziele:

1. Qualifizierung von langzeitarbeitslosen Bürgerinnen und Bürger mit geringen Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt
2. Steigerung ihrer aktiven Teilhabe am gesellschaftlichen und erwerbsbezogenen Leben
3. Umsetzung von Vorhaben, die der Öffentlichkeit zu Gute kommen, und keine Pflichtaufgaben der Landeshauptstadt Potsdam darstellen

Förderzeitraum: 01.04.2012 – 31.12.2014

49 Teilnehmende
für maximal zwei Jahre befristet angestellt; 30 Wochenstunden

Zuschussfähige Gesamtausgaben: 2.318.896,04 €
Zuwendung: 1.746.360,00 €
Kofinanzierung: 572.536,04 €

Integrationsbegleitung

Ziel:

1. Integration von Langzeitarbeitslosen in feste Beschäftigung durch individuelle Unterstützung und Begleitung
2. Nachhaltige Stützung der Integration durch Nachbetreuungsangebote, Teilnahme zunächst für sechs Monate
3. Einstieg bzw. die Aufnahme in das Programm zu jeder Zeit möglich fortführendes Nachbetreuungsangebot bis zu sechs Monaten bei Beschäftigungsaufnahme

Förderzeitraum: 01.12.2012 – 31.03.2015

360 Teilnehmende

Zuwendung: 567.350,21 €

„Netzwerk für Chancengerechtigkeit und sozialen Aufstieg im transnationalen Erfahrungsaustausch“

Ziel:

1. Nationaler/ Transnationaler Austausch zu den Themen
 - a. Ehrenamtliche Begleitungen in den Übergängen Schule – Beruf
 - b. Berufsorientierung in Schulen/ Qualität von Praktika/ Entlastung der Lehrkräfte
2. Implementierung und Adaption bewährter Strukturen

=> Grundlage für die ESF-Förderperiode ab 2014

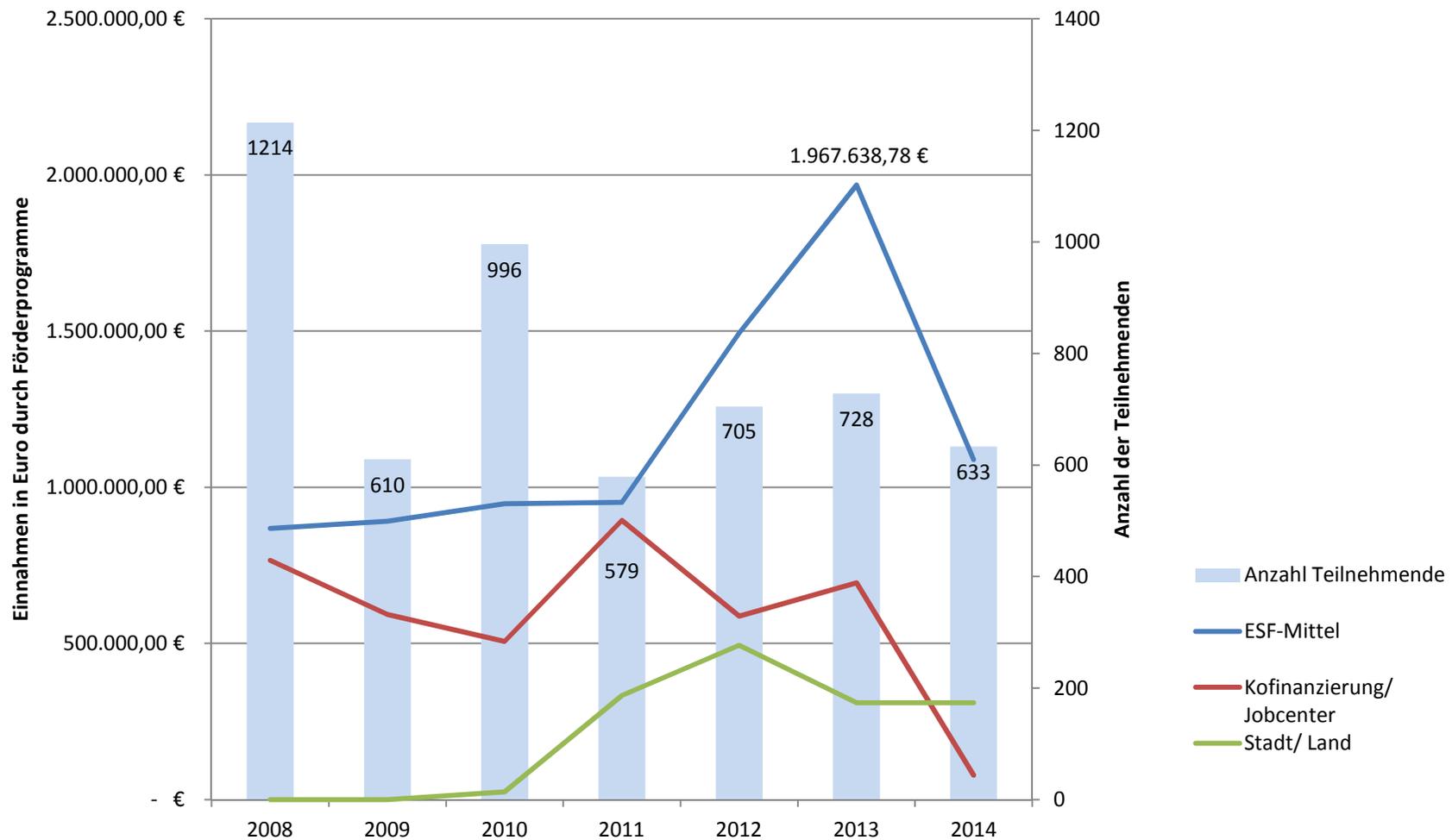
Förderzeitraum: 01.08.2013 – 31.03.2015

Zuwendung: ca. 200.000 €

Finanzielle Entwicklung seit 2008



Einnahmen/ Teilnehmende
in der Fachstelle Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung



Perspektiven

ESF ab 2014:

1. Langzeitbeziehende
 2. Jugendarbeitslosigkeit
- = Aufbrechen der generationenübergreifenden Arbeitslosigkeit

Zielgruppenorientiert:

1. EU – Rentner
2. Potsdamerinnen und Potsdamer mit Migrationshintergrund



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

An die Mitglieder

Ausschuss für Gesundheit und Soziales

und nachrichtlich an weitere Teilnehmer
an der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung /
des Ausschusses

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu der unten näher bezeichneten Sitzung lade ich freundlichst ein.

Lfd. Nr. / Bezeichnung der Sitzung		
43. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales		
Datum	Uhrzeit	Sitzungsort
19.03.2013	18:00 Uhr	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzende



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

12/SVV/0686

öffentlich

Betreff:

Verwendung nicht verbrauchter Haushaltsmittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 16.10.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

07.11.2012 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die für das Haushaltsjahr 2012 für das Bildungs- und Teilhabepaket zur Verfügung gestellten Mittel weitestgehend auszuschöpfen. Über den aktuellen Stand und die eingeleiteten Maßnahmen werden der Jugendhilfe-, der Sozial- und der Finanzausschuss im Januar 2013 informiert.
2. Die einzelnen Haushaltsansätze aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes sind gegenseitig deckungsfähig.
3. Nicht verausgabte Haushaltsmittel des Haushaltsjahres 2012 aus dem Bildungs- und Teilhabepaket werden in das Haushaltsjahr 2013 übertragen. Die Mittel sind zweckgebunden für Maßnahmen aus dem SGB VIII zu verwenden. Näheres hierzu obliegt der Stadtverordnetenversammlung im Zusammenhang mit der Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und deren Anlagen.

gez.

Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen: Klimatische Auswirkungen: **Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der Bund will die Beteiligung von sozial Schwachen am gesellschaftlichen Leben verbessern. Dazu dienen die Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket. Der Landkreis/die kreisfreie Stadt ist als Träger der örtlichen Sozialhilfe für die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets zuständig.

Die Jahresrechnung 2011 hat gezeigt, dass die Mittel des Bildungs- und Teilhabepakets nicht vollständig beansprucht wurden. Gemäß dem Gesamtdeckungsprinzip des Haushaltes fließen die nicht verausgabten Mittel letztlich in die allgemeine Rücklage, sofern keine Beschlussfassung über eine zweckgebundene Verwendung getroffen wurde.

Mit diesem Beschluss soll sichergestellt werden, dass die vom Bund bereitgestellten Mittel tatsächlich für soziale Zwecke eingesetzt werden.



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

13/SVV/0043

Betreff:

öffentlich

Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2013/2014

Einreicher: GB Zentrale Steuerung und Service

Erstellungsdatum 10.01.2013

Eingang 902: 11.01.2013

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
30.01.2013	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2013/2014 mit dem Haushaltsplan und seinen Anlagen wird beschlossen. Die Haushaltssatzung hat folgenden Wortlaut (siehe Anlage).

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

gemäß Anlage

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister
Geschäftsbereich 1
Geschäftsbereich 2
Geschäftsbereich 3
Geschäftsbereich 4

Begründung:

Für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 hat der Kämmerer den Entwurf einer Haushaltssatzung für zwei Jahre (**Doppelhaushalt**) aufgestellt. Gemäß § 65 Abs. 3 BbgKVerf i. V. m. § 11 KomHKV enthält die Haushaltssatzung Festsetzungen für zwei Haushaltsjahre, nach Jahren getrennt. Im Haushaltsplan werden die Ansätze für Erträge, Einzahlungen, Aufwendungen, Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen für jedes der beiden Haushaltsjahre getrennt veranschlagt. Der Zeitraum für die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung umfasst die Jahre 2015 bis 2017.

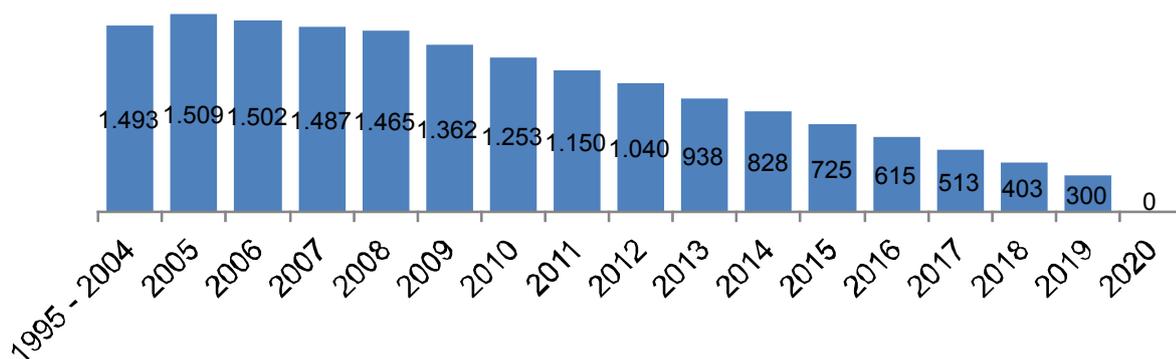
Der Oberbürgermeister hat den Entwurf der Haushaltssatzung festgestellt und leitet diesen nunmehr an die Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Beschlussfassung weiter.

Die Aufstellung des Haushaltsentwurfes erfolgte unter besonderer Berücksichtigung der folgenden Rahmenbedingungen:

Die Landeshauptstadt Potsdam hat sich als wachsende Stadt besonderen Herausforderungen zu stellen. Der überdurchschnittliche Bevölkerungszuwachs erfordert nicht nur zusätzlichen Wohnraum, sondern auch die Schaffung einer entsprechenden technischen und sozialen Infrastruktur. Somit ergibt sich aktuell und auch zukünftig ein **verstärkter Investitionsbedarf**.

Durch das Auslaufen des Solidarpaktes II bis zum Jahr 2019 ergeben sich wiederum erhebliche **Einbußen bei den investiven Schlüsselzuweisungen**.

SoBez-II-Zahlungen an das Land Brandenburg (in Mio. €)



Ohne einen Ausgleich führen die daraus resultierenden Mindereinzahlungen im investiven Bereich des Finanzhaushaltes zu einer deutlichen Einschränkung in der Investitionstätigkeit. In den Haushaltsjahren 2013 - 2015 werden die Auswirkungen bereits deutlich.

In diesem Zeitraum fehlen insgesamt fast 14,0 Mio. EUR auf der Einzahlungsseite. Da die Erwirtschaftung eines zahlungswirksamen Überschusses aus der laufenden Verwaltungstätigkeit in diesen Jahren noch nicht erreicht werden kann, wurde das Investitionsprogramm einer kritischen Überprüfung unterzogen. Die Verschiebung und Streckung von Maßnahmen, aber auch ein Maßnahmenverzicht waren notwendig, um die Veranschlagung zusätzlicher genehmigungspflichtiger Kreditaufnahmen zu vermeiden.

Davon ausgehend, dass die investiven Schlüsselzuweisungen immer weiter sinken werden, kann nur durch einen „**investitionsorientierten Haushalt**“ gewährleistet werden, dass die Investitionstätigkeit der Landeshauptstadt Potsdam mit den wachsenden Anforderungen Schritt halten kann. Zielstellung der Beschlussvorlage zum Eckwertebeschluss für die Planung der Haushaltsjahre 2013/2014 war es daher, im Haushaltsjahr 2015 den Haushaltsausgleich im Ergebnishaushalt zu erreichen und ab dem Haushaltsjahr 2016 zahlungswirksame Überschüsse aus der laufenden Verwaltungstätigkeit zu erwirtschaften, um den investiven Bereich zu unterstützen. Es geht darum, zahlungswirksame Überschüsse zu erwirtschaften, um **aus eigener Kraft** investieren zu können.

Bei erfolgreicher Umsetzung der Zielvorgaben des Eckwertebeschlusses wäre, unter Berücksichtigung der derzeitigen Erkenntnisse zu den noch ausstehenden Jahresabschlüssen und der Prognose zum Haushaltsvollzug im Haushaltsjahr 2012, ein investitionsorientierter Haushalt im angestrebten Zeitraum erreichbar.

in Mio. EUR

Rücklagenentwicklung	JA 2007	JA 2008	JA 2009	Prognose 11/2012			Planung mit Zielvorgaben		
				2010	2011	2012	2013	2014	2015
Überschuss / Fehlbetrag	4,2	26,5	1,5	-8,0	-13,6	10,0	-11,3	-4,9	
Rücklage / Verlustvortrag aus Vorjahr		4,2	30,7	32,2	24,2	10,6	20,6	9,3	4,4
Ergebnis mit Rücklage / Vortrag	4,2	30,7	32,2	24,2	10,6	20,6	9,3	4,4	4,4

Der tatsächliche Planungsstand weicht jedoch noch im erheblichen Maße von den Eckwertvorgaben ab. Der vorliegende Haushaltsentwurf 2013/2014 weist im **Ergebnishaushalt** folgende Fehlbedarfe aus:

in Mio. EUR

	2013	2014	2015	2016	2017
Fehlbedarf	-3,3	-12,4	-10,5	-7,3	-8,1

Aus der angepassten Ergebnisvorausschau leitet sich somit folgendes Bild ab:

in Mio. EUR

Rücklagenentwicklung	JA 2007	JA 2008	JA 2009	Prognose 11/2012			Stand Planentwurf 09.01.2013 einschließlich Effekt Schlüsselzuweisung				
				2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Überschuss / Fehlbetrag	4,2	26,5	1,5	-8,0	-13,6	10,0	-3,3	-12,4	-10,5	-7,3	-8,1
Rücklage / Verlustvortrag aus Vorjahr		4,2	30,7	32,2	24,2	10,6	20,6	17,3	4,9	-5,6	-12,9
Ergebnis mit Rücklage / Vortrag	4,2	30,7	32,2	24,2	10,6	20,6	17,3	4,9	-5,6	-12,9	-21,0

Die geplanten Fehlbedarfe für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 können voraussichtlich durch Rücklagen aus den Überschüssen der Vorjahre kompensiert werden. Der vorliegende Haushaltsentwurf weist aber für die Haushaltsjahre 2015 bis 2017 weiterhin Fehlbedarfe aus. Die Überschussrücklage reicht nicht aus, um diese Fehlbedarfe zu decken. Zum Ende des Jahres 2017 ist mit einem kumulierten Fehlbedarf in Höhe von -21,0 Mio. EUR zu rechnen. Damit ist die Voraussetzung für das Erreichen eines investitionsorientierten Haushaltes nicht erreicht.

Es besteht weiterhin **erheblicher Handlungs- und Steuerungsbedarf** zur Erreichung des Haushaltsausgleiches ab 2015.

Im Finanzhaushalt weist der Haushaltsentwurf insgesamt folgende Entwicklungen in den Salden und im Zahlungsmittelbestand aus:

in Mio. EUR

	2013	2014	2015	2016	2017
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-3,4	-3,5	-0,4	4,2	4,6
Saldo aus Investitionstätigkeit	-1,7	0	0	0	0
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-2,3	-4,0	-3,3	-3,4	-3,8
Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln	-7,4	-7,5	-3,7	0,8	0,8

Die Zielstellung der Eckwerte für den Doppelhaushalt 2013/2014, ab dem Haushaltsjahr 2016 zahlungswirksame Überschüsse in der Höhe zu erzielen, dass der investive Bereich gestützt werden kann, wird noch nicht erreicht. Der Saldo des Haushaltsjahres 2016 in der laufenden Verwaltungstätigkeit in Höhe von 4,2 Mio. EUR reicht zunächst aus, um den Saldo der Finanzierungstätigkeit (=Schuldendienst) zu decken.

Der **Investitionshaushalt** umfasst folgendes Volumen:

in Mio. EUR

	2013	2014	2015	2016	2017
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	44,9	30,8	26,7	21,5	25,2

Einzahlungen aus den investiven Schlüsselzuweisungen und aus Grundstücksverkäufen sind wie folgt vorgesehen:

in Mio. EUR

	2013	2014	2015	2016	2017
Einzahlungen invest. Schlüsselzuweisung	13,2	11,7	10,2	8,7	7,1
Einzahlungen aus Grundstücksveräußerungen	2,4	3,5	2,9	0,9	5,9

Zur anteiligen Finanzierung ist darüber hinaus in der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013 eine Kreditaufnahme i.H.v. 1,7 Mio. EUR vorgesehen.

Anlagen:

Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2013/2014

Ergebnishaushalt und mittelfristige Ergebnisplanung
Finanzhaushalt und mittelfristige Finanzplanung



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

13/SVV/0098

öffentlich

Betreff:

Externe Untersuchung zur Vergabe von Eingliederungshilfen

Einreicher: Fraktion Die Andere

Erstellungsdatum 11.02.2013

Eingang 902:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
06.03.2013	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine externe Überprüfung der Vergabepaxis bei Eingliederungshilfen zu veranlassen.

Dabei soll untersucht werden:

- ob das Verfahren zur Prüfung einer drohenden Teilhabebeeinträchtigung vor Bewilligung von Kosten einer Therapie von Kindern mit einer fachärztlich diagnostizierten Lese-, Rechtschreibschwäche (LRS) oder Rechenschwäche (Dyskalkulie) methodisch geeignet ist
- warum die Bewilligungsquote bei gleicher Rechtslage in den letzten Jahren signifikant zurückgegangen ist
- ob die Einrichtung einer verwaltungsinternen Ombuds- oder Beschwerdestelle erforderlich ist.

Die Stadtverordnetenversammlung soll in der Sitzung im Mai 2013 über die eingeleiteten Schritte informiert werden.

Jan Wendt

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

In den letzten Monaten erreichten uns mehrere Beschwerden von Bürger/inne/n, bei deren Kindern durch die Stadtverwaltung trotz fachärztlich diagnostiziertem Vorliegen einer drohenden seelischen Behinderung in Verbindung mit einer durch diese Fachleute diagnostizierten LRS oder Dyskalkulie die Übernahme der Kosten für eine empfohlene Therapie verwehrt wurde.

Überwiegend haben die Eltern wenig Verständnis für die Ablehnungen, weil sie die erheblichen Beeinträchtigungen erleben, die Dyskalkulie und LRS für die psychische Stabilität und soziale Entwicklung ihrer Kinder bedeuten. Oftmals wird gerügt, dass Sachbearbeiter/innen ohne genaue Kenntnis des sozialen Umfeldes oder fachärztliche Ausbildung nach oberflächlichen Befragungen der Kinder und Eltern eine Teilhabebeeinträchtigung verneinen und die Übernahme der Therapiekosten ablehnen.

Die Stadt Potsdam muss sicherstellen, dass für alle Kinder weitgehend gleiche Chancen auf Teilhabe, Bildung und Entwicklung gewährleistet bleiben. Es darf nicht vorrangig vom Einkommen der Eltern abhängen, ob Kinder eine fachärztlich empfohlene Therapie erhalten. Daher ist es erforderlich, dass die Verwaltungsentscheidung in einem methodisch einwandfreien Verfahren getroffen wird.



Landeshauptstadt
Potsdam

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

13/SVV/0152

Betreff: öffentlich
Kommunale Wohnungspolitik und die soziale Dimension steigender Wohnkosten

bezüglich
DS Nr.: 11/SVV/0542

Erstellungsdatum 21.02.2013

Eingang 902: 22.02.2013

Einreicher: FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

06.03.2013 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung: Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Abschlussdokument der Experten von Potsdam22 "Kommunale Wohnungspolitik und die soziale Dimension steigender Wohnkosten" sowie die Vorschläge der Verwaltung zum weiteren Umgang mit den Ergebnissen der Experten.

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 28.09.2011 (11/SVV/0542) wurde der Oberbürgermeister mit der Berufung eines Expertengremiums beauftragt, dessen Aufgabe darin bestehen sollte, den Entwurf einer Agenda zu erstellen die als Leitfaden für die Erstellung eines wohnungspolitischen Konzeptes dienen sollte.

Mit dem nunmehr vorgelegten Abschlussdokument gehen die Experten über diese ursprüngliche Aufgabenstellung hinaus, indem sie sich mit den identifizierten Schwerpunkten Nutzer und Nutzerverhalten, Haushaltsnettoeinkommen und daraus resultierender Kaufkraft, Lebenshaltungs- und Wohnkosten sowie Lebensqualität bereits inhaltlich auseinandersetzen. Damit wurde der Blick über Netto-Kaltmieten, Betriebs- und Heizkosten hinaus für die vielfältigen Zusammenhänge und Wirkungen geweitet, die Einfluss auf die Mietenentwicklung in der Landeshauptstadt Potsdam haben. Hierbei wurden die Experten durch zahlreiche Fachleute aus Wirtschaft, Stadtverwaltung und Wissenschaft sowie die im Januar 2012 gebildete Geschäftsstelle unterstützt.

Beratungsergebnis

Zur Kenntnis genommen:

Gremium:

Sitzung am:

zurückgestellt

zurückgezogen

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Büro der Stadtverordnetenversammlung

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Fortsetzung der Mitteilung:

Frühzeitig hat das unter dem Leitmotiv "Potsdam22" arbeitende Gremium um die Experten die Notwendigkeit der Einbeziehung einer breiten Öffentlichkeit in diese Thematik erkannt und zum festen Bestandteil der Arbeit gemacht. So haben Vertreter aus Potsdam22 - unterstützt durch die Geschäftsstelle - zwischen April und November 2012 eine Vielzahl von Gesprächen mit Betroffenenvertretern und Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung geführt. Diese Gespräche wurden genutzt um aktuelle Arbeitsstände zu vermitteln, sowie Vorschläge, Ideen und Anregungen Betroffener aufzunehmen. Besondere Bemühungen wurden unternommen, mit jungen Menschen ins Gespräch zu kommen.

Zu den durch das Expertengremium erarbeiteten Ergebnissen und den daraus abgeleiteten Empfehlungen wird auf den beiliegenden Bericht verwiesen. Eine Kernbotschaft lautet: Um sicherzustellen, das Wohnen in der Landeshauptstadt Potsdam auch künftig bezahlbar bleibt, wird es nicht die eine Lösung geben. Vielmehr wird es darum gehen, gute und bereits etablierte Lösungen (z.B. die flexiblen Bindungen) im Handeln zu verstetigen und diese durch neue geeignete zu ergänzen. Dieser Prozess muss gestaltet und durch ein wohnungspolitisches Konzept untermauert werden.

Weitere Vorgehensweise

1. Öffentliche Kommunikation

Das von den Experten vorgelegte Papier soll mit Politik, Öffentlichkeit und Verwaltung in einem geeigneten Rahmen diskutiert werden. Dies soll auch die Möglichkeit von Rückfragen an die Experten eröffnen.

2. Erarbeitung eines wohnungspolitischen Konzeptes

In Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Wohnen und auf der Grundlage des von den Experten vorgelegten Dokumentes "Kommunale Wohnungspolitik und die soziale Dimension steigender Wohnkosten" soll in Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 28.09.2011 ein wohnungspolitisches Konzept für die Landeshauptstadt Potsdam erstellt werden.

Auf Grund der begrenzten Ressourcen in der Verwaltung soll der Auftrag dazu an ein geeignetes externes Büro erteilt werden.

3. Potsdam22 - wie weiter

Um das im bisherigen Arbeitsprozess bei den Experten angereicherte Wissen zu den konkreten Zusammenhängen und den Problemen auf dem Potsdamer Wohnungsmarkt auch für die Erstellung des wohnungspolitischen Konzeptes nutzbar zu machen, soll unter den Experten dafür geworben werden, sich auch weiterhin mit ihrer Profession einzubringen.

Dies soll durch Schaffung eines Steuerungskreises gewährleistet werden, der - um kompetente Vertreter aus Verwaltung und Wissenschaft ergänzt - das beauftragte externe Büro in geeigneter Weise bei der Erarbeitung des wohnungspolitischen Konzeptes begleitet.

4. Umsetzungsschritte

Im Ergebnis eines Meinungsbildungsprozesses zu den im Abschlussdokument von Potsdam22 formulierten Empfehlungen sollen diese nach Prioritäten geordnet und in einen realistischen zeitlichen Handlungskorridor überführt werden.

**Landeshauptstadt Potsdam
Stadtverordnetenversammlung**

Anwesenheitsliste

Gremium	Sitzungstag	Sitzungs-Nr.	Sitzungsdauer: von - bis
Ausschuss für Gesundheit und Soziales	19.03.2013	0004/G/S/13	18:00 Uhr

Sitzungsleitung:	
------------------	--

Name, Vorname	Fraktion	anwesend: von - bis	Unterschrift
---------------	----------	------------------------	--------------

Ausschussvorsitzender

Frau Jana Schulze	DIE LINKE		
-------------------	-----------	--	--

Ausschussmitglieder

Frau Dr. Gabriele Herzel	DIE LINKE		
Frau Solveig Sudhoff	DIE LINKE		
Frau Klara Geywitz	SPD		
Frau Heike Judacz	SPD		
Frau Christina Wolf	SPD		
Frau Maike Dencker	CDU/ANW		
Frau Hala Kindelberger	Bündnis 90/Die Grünen		
Frau Jutta Busch	BürgerBündnis		
Herr Jan Wendt			
Herr Peter Schultheiß	Potsdamer Demokraten		

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Birgit Müller	DIE LINKE		
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE		

Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE		
Herr Till Meyer	SPD		
Frau Birgit Morgenroth	SPD		
Herr Dr. Ralf Otto	SPD		
Herr Hans-Wilhelm Dünn	CDU/ANW		
Frau Dr. Brigitte Lotz	Bündnis 90/Die Grünen		
Frau Franziska Schneider	FDP		
Herr Dr. Nicolas Bauer			
Herr Sandro Szilleweit	Die Andere		
Frau Ute Bankwitz	BürgerBündnis		
Herr Wolfgang Cornelius	Potsdamer Demokraten		

sachkundige Einwohner

Frau Christine Anlauff	Die Andere		
Frau Angela Basekow	SPD		
Herr Ronny Besancon	DIE LINKE		
Herr Uwe Fröhlich	Bündnis 90/Die Grünen		
Herr Wolfgang Günther	SPD		
Herr Jörg Jutzi	DIE LINKE		
Herr Björn Karl	FDP		
Herr Steffen Koczott			
Herr Matthias Lack	DIE LINKE		
Frau Barbara Müller	BürgerBündnis		
Frau Thi Minh Lien Ngo	Migrantenbeirat		
Herr Wolfgang Puschmann	Seniorenbeirat		
Herr Jan-Peter Schmarje	Behindertenbeirat		
Frau Maria von Pawelsz-Wolf	CDU		

Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger			
---------------------------------	--	--	--